Groß-Berlin: Freitag, den 26. März, Mitglieder-Versammlungen in allen Bezirken

Arbeiter aufspielt, die in ihrer Verzweiflung sich einmal an dieser „Ordnung" vergehen, und sei es auch nur, daß sie sich ein Stück Brot „stehlen" um den Hunger zu stillen. Daß die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit den Deckel auf den stinkenden Kübel „Republik" halten, ist ja ganz klar. Geld stinkt nicht, und einheitsfrontfähig bleiben sie deswegen auch.

„Letzte Politik"

Letzte Weisheit von „Frei Land, frei Geld".

„Letzte Politik", so nennt sich eine Zeitung der Physiokraten, einer kleinbürgerlichen Organisation, die Gegner des Kommunismus ist. Ihre Theorie besteht darin, jedem „frei Land und frei Geld" zinsfrei zu überlassen so daß jeder nach seinen Phrasen seelig werden kann. Die große Industrie müßte abgebaut werden und der Parzellierung des Landes der der Industrie auf dem Fuß folgen. So nebenbei beschäftigt sich dieser Verein mit Politik und Wirtschaftsfragen und kommt natürlich auf Grund seiner Konfusion zu allerhand Ansichten, was man so Ansichten nennt. Ueberflüssig, zu erwähnen daß er Gegner der Parteien und für den Volksentscheid ist. In der Nummer 17 dieser „Letzten Politik" kramt nun irgend ein „Volkswirtschaftler" seine letzte Weisheit zur Arbeitslosenfrage aus und schreibt am Ende eines langen Artikels folgenden Blödsinn in diese Zeitung hinein:

„In den Monaten August und September 1924 ist eine Senkung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen im Gegensatz zu denselben Monaten im Jahre 1925. Man sieht also ohne weiteres die Einwirkung der Preisbewegung, denn im Juli 1925 setzt der von Luther proklamierte Preisabbau ein. **Dieser Preisabbau bewirkt, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten vielfach so hoch steigt als in derselben Zeit des Jahres 1924**, da wir steigende Preise zu verzeichnen hatten. Man sieht daraus ohne weiteres, daß die Steigerung der Arbeitslosigkeit nur zu einem geringen Teile auf die Arbeitseinstellung in Landwirtschaft und Baugewerbe zurückzuführen ist.

Den besten Beleg für die Einwirkung der Preisbewegung auf die Arbeitslosigkeit ergibt der Vergleich der Erwerbslosigkeit in den Monaten August bis Dezember in den Jahren 1924 und 1925.

Die Millionen Arbeitslosen, die heute gezwungen sind, ein entbehrungsreiches Dasein zu fristen, wissen nun, warum sie erwerbslos geworden sind. Die hier mitgeteilten Zahlen sprechen mit aller Deutlichkeit und sind nicht zu widerlegen.

Wer darum Gegner der Arbeitslosigkeit ist, der muß mit allen Mitteln den Preisabbau bekämpfen."

Man sollte einen solchen Unfug kaum für möglich halten. Daß es aber Arbeiter gibt, die sich einen solchen Stumpfsinn vorsetzen lassen, beweist, wie weit die Verwirrung schon gediehen ist. Lediglich die Ueberschrift dürfte an dieser Zeitung nicht ganz ohne Sinn sein.

Wirtschaft

Der Montantrust

Ein deutscher Industriegigant.

Die langwierigen Verhandlungen über den Zusammenschluß der deutschen Montanindustrie sind beendet, die Inventurvorschriften für die Eröffnungsbilanz herausgegeben. Der Trust tritt am 1. April unter der Firma „Vereinigte Stahlwerke" ins Leben.

Der Trust umfaßt die hauptsächlichsten Hochofenwerke Deutschlands auf der Grundlage der eigenen Kohlenzechen und der sich anschließenden Halbzeugindustrie. In den Vereinigten Stahlwerken werden — vorläufig — folgende Industriewerke aufgehen:

Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.: Bergwerksabteilung einschließl. Hauptstelle Essen, ausschl. Monopol, Abteilung Schalke, Hochöfen, Gießerei in Gelsenkirchen, Abteilung Schalke, Hütte Vulcan in Duisburg, Abteilung Düsseldorf, Röhrenwerke Düsseldorf Abteilung Düsseldorf, Weiß- und Feinblechwalzwerke Hüsten, Bruchhausen, Soest.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G.: Abteilung Bochum, Eisensteingruben und Kalkwerke, Abteilung Dortmunder Union einschl. Rothe Erde und Horst, Friedrich-Wilhelmshütte, Mülheim (Ruhr), Abteilung Weber, Brandenburg (Havel), Abteilung Meggener Walzwerke, Meggen und Lagenei, Abteilung Gebrüder Knipping, Altena i. W., Abteilung Wilhelm-Heinrichswerke, Düsseldorf, Abteilung Schlieper, Grüne u. Sichtigvor, Abteilung Nordseewerke, Emden, Abteilung Wegner u. Co., G. m. b. H., Dortmund.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum: Bergwerksabteilung, Gußstahlfabrik und Stahlindustrie.

Thyssen-Gruppe: Gewerkschaft Friedrich Thyssen Hamborn (Gewerkschaft Lohberg und Rhein I), August Thyssen-Hütte, Gewerkschaft Abteilung Walzwerk Dinslaken, August Thyssen-Hütte, Hamborn, Abt. Mülheimer Stahl- und Walzwerk, Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Duisburg-Meiderich, Thyssen u. Co., A.-G., Maschinenfabrik, Mülheim-Ruhr.

„Phoenix" A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Düsseldorf: Abteilung Bergwerksverwaltung, Gelsenkirchen (einschl. Zollverein und ½ Emscher Lippe), Hörder Verein, Hörde und Dortmunder Hochofenwerk, Abteilung Ruhrort, Duisburg-Ruhrort, Abteilung Düsseldorfer Röhren- und Eisenwalzwerke, Düsseldorf, Abteilung Westfälische Union, Hamm, Lippstadt, Belcke, Nachrodt, Abteilung Hochofenwerke, Abteilung Bergeborbeck, Boecker und Haver, G. m. b. H., Hohenlimburg, Gebrüder Inden A.-G., Düsseldorf und Urft.

Vereinigte Stahlwerke v. d. Zypen und Wissener Eisenhütten, Köln-Deutz: Abteilung Stahl- und Walzwerke, Köln-Deutz, Abteilung Wissener Eisenhütten, Wissen und Aue.

Rheinische Stahlwerke A.-G., Duisburg-Meiderich: Hütte Meiderich, Hütte Duisburg (Werk I, II, III, IV), Abteilung Röhrenwerke, Hilden, Benrath, Immigrath Abteilung Wurag, Hohenlimburg und Wickede a. d. Ruhr, Abteilung Metallweberei in Brünn bei Eichsfeld in Thüringen, Abteilung Wirges, Wirges Westerwald, Abteilung Grube Ameise in Siegen i. W., Abteilung Grube Georg und Sonne, Volpersbausen, Kreis Waldbröl.

Die Verhandlungen erstreckten sich auch auf die hannoversche (Peine, Ilse Ilsede) und auf oberschlesische Werke, die an sich schon stark vertrustet sind. Diese Werke scheinen vorläufig noch nicht im deutschen Montantrust aufzugehen. Sei es, daß sie ohne diese Hochkonzentration noch Absatz zu finden hoffen infolge ihrer Lage inmitten der Zentren industrieller Fertigfabrikation, sei es, daß sie sich selbst zu einem eigenen Trust vereinigen werden, oder aber, daß sie dem neuen Industriegiganten nicht genügend erfolgversprechend sind.

Eine ganze Anzahl Werke der aufgenommenen Gesellschaften sind ebenfalls von der Aufnahme in den Trust ausgeschlossen worden. Sie werden geschlossen, abgerissen werden; wenn manche von ihnen es auch vorläufig noch mit einer kurzen Schattenexistenz versuchen werden. Wie wir in der vorigen Nummer berichteten, sind eine Anzahl von ihnen schon vom Schicksal ereilt und stillgelegt worden. Die eigentliche Auslese wird allerdings im Trust selbst einsetzen, nachdem die geeigneten Werke auf Spezialfabrikation eingerichtet und technisch und organisatorisch auf die Höhe gebracht sind.

Die Geburtswehen des Eisengiganten haben auch schon nach anderer Richtung volkswirtschaftliche Auswirkungen gezeitigt. Am 20. März fanden im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen statt, wo sich die mittel- und norddeutschen Eisenverbraucher beschwerten, daß der Eisengroßhandelsverband in der letzten Zeit seine Preise im Durchschnitt um 30 Prozent heraufgesetzt habe! Die Folge ist natürlich, daß die Produktion verteuert wird, und da höhere Preise auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, bedeutet dies nichts weiter als eine Einschränkung der Produktion. Die Profite der wenigen Gruppen, die das Heft in der Hand haben, werden allerdings gehoben. Daraus macht dann der Troß, der von diesen Profithyänen abhängigen Wirtschafts-„wissenschaftler" in der Presse eine „Gesundung der Wirtschaft".

Seit der Gründung der Rohstahlgemeinschaft und ihrer verschiedenen Unterverbände hat sich eine Entwicklung in aller Stille vollzogen, die wir s. Zt. vorausgesagt haben. Die Organisation der deutschen Eisenwirtschaft ist so aufgebaut, daß die Verbände der Eisen schaffenden Werke ihre Produkte an die ebenfalls in Verbänden zusammengeschlossenen Händler abgeben. Beide Organisationen nehmen die Festsetzung von Verbandspreisen vor. Bisher waren die Mitglieder des Rohstahlkartells eine große Anzahl einzelner Produzenten, darunter schwache Werke, die sich um jeden Preis am Leben halten mußten und deshalb nicht immer ein Interesse an hohen Preisen und hohen Profiten hatten. Ihre Durchsetzung gegen die überlegenen Konkurrenten erheischt sehr oft Verkauf um jeden Preis. Die Preisbildung unterlag immerhin einer gewissen Kontrolle der Oeffentlichkeit. Die Tatsache, daß die rationeller und billiger arbeitenden Werke ihre Preise nach den teuer produzierenden einrichteten, diese also „durchschleppten", kam nur ihren Aktionären zugute. Volkswirtschaftlich war die Preisverteuerung der unrationellen Werke das kleinere Uebel gegenüber der Kontrolle durch die Oeffentlichkeit.

Der Montantrust als einziger ausschlaggebender Eisen- und Stahlproduzent wird über die Preisgestaltung alleine gebieten. Seine Kalkulationsbüros sind der Oeffentlichkeit verschlossen. Die Ausschaltung der Konkurrenz beseitigt auch alle Hemmungen der Preisgestaltung. Der Profit, die Aufsichtsrats- und Direktorentantiemen und Dividenden werden umso höher sein, je weniger Werke arbeiten, d. h. jemehr teuer und unproduktiv arbeitende Werke stillgelegt werden. Bei einem einigermaßen technischen Fortschritt wird auch ein geringer Teil der im Trust zusammengeschlossenen Werke imstande sein, den Markt zu versorgen.

Die 30prozentige Preiserhöhung beweist das schon. Kaum ist infolge der einsetzenden Baukonjunktur und einiger Auslandsaufträge der scheinbare Nullpunkt der Krise erreicht und schon werden die Preise erhöht. Jedenfalls ist die Entwicklung für die Arbeiter interessant, denen man — im Einverständnis mit den Gewerkschaften — die Löhne kürzt, um angeblich die Produktion und die Lebenshaltung zu verbilligen. Die deutsche Arbeiterklasse wird dadurch jedenfalls über kurz oder lang gezwungen werden, die Schlüsse daraus zu ziehen.

Auf das Gebilde der „Vereinigten Stahlwerke" werden wir noch in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Deutschlands Roheisenerzeugung im Februar

Erhöhte Tagesleistung, verminderte Arbeiterzahl.

Die Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller über die deutsche Roheisenproduktion im Februar liegen nunmehr vor. Ein Vergleich mit den Produktionsziffern im Januar 1926 und Februar 1925 ergibt folgendes Bild:

	Januar 1926	Februar 1926	Februar 1925
Hämatiteisen	46,892	41,277	61,122
Gießereiroheisen	97,564	81,614	119,202
Bessemerroheisen	2,430	268	7,129
Thomasroheisen	422,589	404,612	501,241
Stahl-Spiegeleisen: Ferromangan u. Ferrosilizium	118,764	103,045	183,108
Puddel- u. sonstiges Roheisen	1,224	551	1,517
Insgesamt:	689,463	631,367	873,319
Durchschnittliche arbeitstägliche Leistung	22,241	22,549	31,189

Da der Februar nur 28, der Januar aber 31 Arbeitstage im Hochofenbetrieb hatte, darf der Vergleich nicht auf die Monatsgewinnung (Februar 631,367 t gegen 689,463 im Januar 1926) abgestellt werden. Nur die durchschnittliche Tagesleistung gibt ein zuverlässiges Bild; sie ist gegenüber dem Januar 1926 (22,241 t) im Februar auf 22,549 t, also 1,4 Prozent gestiegen, während die Belegschaften um viele tausende Köpfe sank. Gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1925 bleibt die Produktion um 28 Proz. und gegenüber dem arbeitstäglichen Durchschnitt von 1913 um 51 Proz. zurück. Von 208 vorhandenen Hochöfen waren nur 80 im Betrieb und 36 gedämpft. Die Leistungsfähigkeit der Hochöfen (arbeitstäglich 50,600 t) ist nur zu etwa 45 Prozent (gegen 58 Prozent im Durchschnitt des Vorjahres) ausgenützt worden.

Diese Uebersicht läßt jedenfalls untrügliche Schlüsse für die Zukunft zu. Die Produktion beträgt 49 Prozent, also die Hälfte derjenigen von 1913. Hochöfen aber arbeiten weniger als zwei Drittel, und auch diese sind nur zu 45 Prozent ausgenützt. Die Vereinigten Stahlwerke werden sich diese teure Produktion jedenfalls nicht leisten. Um dieselbe Produktion zu erzielen, können von den 80 im Betrieb befindlichen Hochöfen demnach nochmals 45 ausgeblasen werden.

Es ist ein Bild des Grauens, das sich vor dem Teil der deutschen Arbeiterklasse aufrollt, vor jenen Herdentieren, die alle Demütigungen und Fußtritte mit demselben Danke einstecken, wie ihren Wochenlohn oder ihre „Unterstützung" durch die „Fürsorge", in der einzigen Hoffnung, daß der Kapitalismus wieder gesund, daß ihre Peiniger stark werden mögen. Für die revolutionäre Vorhut des Proletariats jedoch bietet die Entwicklung des Kapitalismus verheißende Lichtblicke. Die Gewerkschafts„waffe" muß als Pappschwert erkannt werden, daß Proltariat muß und wird sich zu der Erkenntnis durchringen, daß es das Profitsystem beseitigen muß, um sein Leben zu retten.

Achtung! Bibliotheken und Archive!

Noch einige komplette

Jahrgänge 1925

der

Kommunistischen Arbeiter-Zeitung

400 Seiten stark, in tadellosem Einband zum Vorzugspreise von

12 Mark

zu haben. Porto u. Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat Berlin O 17, Warschauer Str. 49

Jugendbewegung

Jungdo und „Erbfeind"

Kann dem einer nationalistischen Jugendorganisation etwas schlimmeres passieren? „Hochmeister" Mehraun, Führer des Jungdo, abgetakelter Oberleutnant und Ausarbeiter des Arbeitsdienstpflichtgesetzentwurfes für die proletarische Jugend hat mit französischen Politikern und Wirtschaftlern verhandelt, um eine Milderung des Versailler Vertrages und eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen. Begraben ist „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" und der Kreuzzug dieser edlen Ordensritter nach Frankreich. Rebellion im Jungdo. Einige hessische „Bruderschaften" treten aus und bilden einen „Jungdeutschen Freiheitsbund". Gegen Mehraun wird ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Mehraun erklärt, daß er auf dem Boden der Verfassung steht und im Einverständnis mit Hindenburg gearbeitet hat. Das Verfahren gegen ihn wird wieder niedergeschlagen. Der Jungdo wird nun weiter versuchen, junge Arbeiter für seinen „nationalen Kampf" zu gewinnen. In Wirklichkeit besorgt man jedoch die Geschäfte des Kapitals; nur dann wird international verhandelt mit dem „Erbfeind" usw., wenn es die Geldinteressen der hinter den nationalistischen Organisationen stehenden Kapitalisten erfordern.

Der Jungdo schafft ein Arbeitsdienstpflichtgesetz — im Interesse des Kapitals.

Der Jungdo verhandelt mit französischen Kapitalisten — im Interesse des Kapitals.

Der Jungdo kämpft gegen die sich gegen Hunger und Not wehrende proletarische Jugend — im Interesse des Kapitals.

Junge Arbeiter heraus aus diesen nationalistischen, kapitalistischen Organisationen, hinein in de Reihen der kämpfenden proletarischen Jugend. —

Entlarvter Schwindel der K. J.

Die Aktion für eine Jungarbeiterdelegation nach Rußland hat sich jetzt offensichtlich, nachdem die „KAZ." von Anfang an die Jungarbeiter darüber aufgeklärt hat, als ein plumpes Agitationsmanöver der Kommunistischen Jugend erwiesen, um den verfahrenen Organisationskarren der KJ. wieder flott zu machen. In der „Jungen Garde" können wir in dem Reichskonferenzbericht darüber folgendes lesen: „Unser Zentralkomitee (der KJ.) gab die Anweisungen heraus. Wir müssen aber sehen, daß nicht alle Bezirke diese Anweisungen durchführten. Manche Bezirke haben nicht einmal einen Jungarbeiterkongreß angesetzt, haben nicht genügend auf das Einheitskomite gedrückt. Manche Bezirke, — ich möchte keine Namen nennen, setzten sich mit einigen Mitgliedern zusammen und **bestimmten von Vorstand zu Vorstand ein Einheitskomitee** und einen **Rußlanddelegierten**". So sah die „spontane Bewegung" für die Jungarbeiterdelegation aus, so wählte man „Delegierte" und so machte man „Einheitsfront". Auf Befehl der KJ.-Zentrale, wie auf Befehl Rußlands um den deutschen Jungarbeitern über den sich in Rußland entwickelnden Kapitalismus Sand in die Augen zu streuen. Darum auch die wütende Hetze gegen die KAJ. und KAPD., die im Interesse der proletarischen Revolution rücksichtslos die Wahrheit über Rußland aussprechen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Mittwoch im Lokal von Jacob, Galvanistr. 7, abends 7,30 Uhr.

Gruppe Norden: Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal Kluge, Danziger Str. 71.

Gruppe Osten: Jeden Mittwoch, abends 7,30 Uhr im Jugendheim, Lichtenberg, Dossestr. 22.

Die Abende sind öffentlich. Sympathisierende sind mitzubringen.

Der Arbeits-Ausschuß.

Mitteilungen

Ortsgruppe Essen.

Die Genossin Anna Hauptmann ist aus der KAP. ausgeschlossen.

Ortsgruppe Essen.

Groß-Berlin

1. Bezirk: Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, Vortrag: Materialistische Geschichtsauffassung und Philosophie. — Lokal: Persche, Georgenkirchstr. 14. Sympathisierende und „KAZ."-Leser sind einzuladen.

4. und 18. Bezirk. Freitag, den 26. März 1926, abends ½8 Uhr. Lokal Gallas, Lehder- Ecke Greifswalder Straße. öffentlicher Diskussions-Abend. Thema: Marxismus und Darwinismus. Sympathisierende sind eingeladen.

5. und 1. Bezirk. Freitag, den 26. März allgemeine Mitgliederversammlung. Thema: Die materialistische Geschichtsauffassung.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag den 26. März, abends 7½ Uhr. Mitgliederversammlung bei Jakob, Galvanistraße 7. Vortrag: Das Arbeitslosenproblem. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 26. März 1926, abends 7½ Uhr, Fontanestraße 26. Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

16. Unterbezirk Cöpenick). Die Genossen nehmen Freitag, den 26. März, abends 8½ Uhr, an der Versammlung in Bohnsdorf, Lokal: Vier Jahreszeiten, teil. — Da die Mitgliederversammlung im Bezirk ausfällt, sind die Genossen verpflichtet vollzählig zu erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schulz, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 25

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Einheitsfront der Ohnmächtigen

Der erste große „Sieg" ist vorüber, das Volksbegehren unter Dach und Fach. Und schon wieder ruft die „Rote Fahne": „Alarm!" Warum? Die Deutschnationalen, meint sie, wollen in die Regierung, und das muß verhindert werden. „Das würde bedeuten, daß noch brutaler als bisher unpolitisch mit diktatorischen Maßnahmen regiert werden würde. Die Deutschnationalen würden nicht nur hemmungslos durch Steuern und Zölle die Preise aller Lebensbedürfnisse in die Höhe treiben, nicht nur jede Forderung der Erwerbslosen, der Beamten und Arbeiter verhöhnen, noch mehr an die Panzerwagen und Maschinengewehre appellieren, sondern auch den Volksentscheid mit Gewalt verhindern." — Wir stehen erschüttert vor dem Bekenntnis, daß der „Volksentscheid" „verhindert" werden kann. Wir begreifen die Angst, die Regierung könnte im letzten Moment den ganzen Rummel abblasen und die Tanzmeister dieses Kirmesrummels bis auf die Knochen blamieren. Wir begreifen, daß aus dieser Angst heraus die KPD. selbst ihren Popanz von „Arbeiter- und Bauernregierung" ganz versteckt hält, um die Regierung nicht zu ärgern. Wir verstehen sogar, wenn die KPD. eines schönen Tages ausruft: Hoch Luther, nieder mit den Deutschnationalen! Die Deutsche Volkspartei als die Partei der Schwerindustrie ist es schließlich, die Rußland „Hilfe" bringen soll durch Lieferung von Maschinen. Die deutschen Banken sind es, die evtl. mit Krediten einspringen sollen. Man kann im Ernst keine Partei bekämpfen, die dem russischen „Kommunismus" auf die Beine helfen soll. Man kann das im Höchstfalle in der Phrase. Was kann schließlich die KPD. dafür, daß das kleinere Uebel immer an dem großen hängt, und sie aus diesem Grunde ihre Fahne voll Blödsinn schreiben muß. — Sie tut doch wirklich was sie kann. Den Erwerbslosen gestattet sie großmütig eine Demonstration, und legt gute Worte für sie ein, damit sie in Gnaden wieder in die Gewerkschaften aufgenommen werden. Sie sucht nach einer Regierung, die den politischen Kindern bei ihrem Volksentscheid keine Knüppel zwischen die Beine wirft, und ihnen die Freunde an diesem harmlosen Spiel verdirbt. Sie wehrt sich ganz ernst und ist wirklich sehr zornig über die neuen Steuern. Mehr kann sie in Anbetracht der Rolle, die sie im Auftrag Rußlands eben zu spielen hat, nicht tun. Die Arbeiter müssen eben diesen Dingen mehr Verständnis entgegen bringen, und sie werden viel, viel begreifen lernen. Sogar die Behauptung, daß die Einheitsfront mit der SPD. eine revolutionäre Tat. Sogar den Krampf, mit dem die KPD. alle Dinge auf den Kopf zu stellen sich bemüht.

In Wahrheit liegen die Dinge so, daß das deutsche Kapital sich mit der Lage nach Genf sofort abgefunden, und daraus die Schlußfolgerungen gezogen hat. Der Ruf, den Curtius an den Generalagenten für Reparationen richtete, er möge nun nach dem Fiasko in Genf für Absatz der deutschen Industrieprodukte sorgen, ändert an der momentanen Sachlage nichts. Und die Sachlage ist: der französische Franken fällt weiter, und das englische Pfund wird bereits mit 140, dem höchst erreichten Stand notiert. Die Inflationskonkurrenz drückt weiter. Die Krise im Bergbau, wie die Krise im allgemeinen hält an. Das deutsche Kapital muß sich wieder einmal „selbst helfen" und tut dies. Auf der ganzen Linie geht das Kapital zur Offensive über. In der Metallindustrie, Textilindustrie usw. fordert es einen weiteren Lohnabbau. Die schon beschlossene Herabsetzung der Umsatzsteuer wird flugs wieder hinaufgesetzt. Die Rationalisierung wird vorwärts getrieben. Der neue Angriff gegen die Arbeiterklasse setzt mit voller Wucht ein. Die Illusionen von Demokratie, Volksentscheid, Milderung der Krise werden von neuem grausam zerstört. Die Sozialdemokratie hat flugs und über Nacht „im Interesse des Volkes" diesen kapitalistischen Notwendigkeiten zugestimmt. Nur ein Narr konnte etwas anderes erwarten.

Diese Einheitsfront wird dem Proletariat noch manche Enttäuschung bringen. Wo die Tat allein Rettung bringen kann, nützt eben ein leeres Schlagwort nichts. Die Einheitsfront mit der SPD. und den Gewerkschaften bedeutet eben die Bindung der Arbeiterklasse an die Existenzbedingungen des Kapitals. Sie bedeutet den Bruch mit jeder selbständigen Klassenpolitik des Proletariats und die Preisgabe seiner ureigensten Interessen. Je enger diese Einheitsfront geschlossen wird, desto ohnmächtiger wird das Proletariat der kapitalistischen Offensive gegenüber stehen. Denn jeder Angriff auf das Kapital bedeutet den Bruch mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und damit Sprengung dieser Einheitsfront.

Bei der immer schärfer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise ist es nur eine Frage der Zeit und der nötigen militärischen Vorbereitung, wann das Kapital auch zum Angriff auf die Reste der sogenannten Sozialpolitik übergehen wird. Die angekündigten „Sparmaßnahmen" bleiben nicht auf den Abbau der Löhne, nicht auf die Erhöhung der Zölle für die Großagrarier usw. beschränkt. Die Bettelpfennige der „Erwerbslosenfürsorge" werden bald stark geschmälert werden. Man wird sehr bald einen „fühlbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit" und eine „Entlastung des Arbeitsmarktes" feststellen, und durch eine weitere Siebung der Unterstützungsempfänger, schon durch die Tatsache, daß die Arbeiter jetzt in Massen dem Termin entgegensehen wo sie ausgesteuert werden, den nötigen Druck zur weiteren Lohnabbauoffensive zu schaffen suchen. Durch die reformistischen Pflästerchen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird diese Tatsache ebenso wenig aus der Welt geschafft, wie durch das Geschrei der KPD. Letztere hat ja selbst aufgehört, als ein ernst zu nehmender Faktor im Klassenkampf zu gelten. Sie erklärt so oft sie gefragt und nicht gefragt wird, daß der ADGB. und die Sozialdemokratie die berufenen Interessenvertretungen der Arbeiter wären. Sie selbst hat längst kapituliert und sich selbst zum Hausknecht der Noske-Partei erniedrigt.

Durch die Politik der KPD. ist erreicht worden — und dies Verdienst soll ihr nicht geschmälert werden — daß in der Periode der schärfsten Zuspitzung der Krise das Proletariat demokratisch verseucht, ideologisch verdummt, völlig unvorbereitet von neuen Stürmen ergriffen und geschüttelt werden wird. Die „Einigkeit" die das Proletariat 1914 hilflos dem zähneflätschenden Militarismus auslieferte droht es 1926 von neuem der kapitalistischen Krise, und der Niederlage auszuliefern. Zwölf Jahre Kampf und Niederlagen haben nicht genügt, um dem Proletariat zu lehren, daß es selbst, es ganz allein, daß es nur im revolutionären Kampf, durch revolutionäre Taktik und Organisation, nur als Klasse kämpfen und siegen kann. Die Feststellung, daß der gesamte Kredit der russischen Revolution verschwendet wurde, um den Rückfall in die verderbenbringenden Vorstellungen der Vergangenheit zu ermöglichen, das Proletariat erneut seinen Henkern auszuliefern, ändert an dieser Tatsache selbst gar nichts.

Langsam finden die ehrlichsten, die besten, die zähesten Kämpfer in unsere Reihen zurück. Langsam beginnt sich die Gegenströmung zu entwickeln. Langsam erkennen die Mitglieder der KPD. das Spiel, das man mit ihnen treibt. Langsam bricht sich die Wahrheit Bahn. — Langsam wird aus der ausweglosen Krise die Sammlung der revolutionären Kräfte erwachsen um Bresche zu schlagen in die Front der Ohnmacht, des verräterischen Reformismus, um zum Gegenstoß auszuholen, die letzte Schlacht vorzubereiten.

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Am Sonntag, den 25. April 1926, findet in Berlin eine kombinierte

Bezirkskonferenz der AAU. und KAP.

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Politische und wirtschaftliche Lage.
2. Organisatorisches
   a) Tätigkeitsbericht. b) Berichte der Ortsgruppen.
3. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 11. April in der Presse veröffentlicht werden damit eine Diskussion darüber stattfinden kann. Lokal wird noch durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Die Denkschrift des ADGB.

I.

In der „Gewerkschaftszeitung" (Nr. 11 und 12) unternimmt es der berüchtigte Gewerkschaftsbürokrat Fritz Tarnow, das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften in seinen wichtigsten Punkten „Rationalisierung und Lohnpolitik" gegenüber einer bürgerlichen Kritik näher zu präzisieren. Das „Magazin der Wirtschaft" polemisiert gegen die Forderungen zur Lohnpolitik, die in der Denkschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände in Verbindung mit dem Problem der Rationalisierung erhoben werden. Die Forderung, daß mit der Rationalisierung gleichzeitig eine Senkung der Preise und eine Erhöhung der Löhne erfolgen soll, wird als geradezu illusionär bezeichnet.

In der Tat ist das ganze „Wirtschaftsprogramm" illusionär. Gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der Unternehmer, das die einzig möglichen kapitalistischen Mittel zum Versuch der Krisenüberwindung enthält, wendet sich die Denkschrift des ADGB. an „alle für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen", um „Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt werden kann." Mit der Rationalisierung selbst ist sie einverstanden, nur nicht mit ihrem alleinigen Zweck im kapitalistischen System, mit der technischen Rationalisierung die Arbeitskräfte intensiver auszubeuten und mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit die Löhne weiter abzubauen. Gegenüber diesen sich aus der kapitalistischen Entwicklungslinie zwangsläufig ergebenden Lösungsversuchen macht die Gewerkschafts-Denkschrift den „zuständigen Stellen" den Vorschlag, mit der technischen und organisatorischen Rationalisierung der Wirtschaft eine Lohnpolitik zu betreiben, die die Kaufkraft des Inlandmarktes stärkt.

„Der Zweck der Rationalisierung ist die Vermehrung nicht nur der Gütererzeugung, sondern auch des Güterverbrauchs, also die **Erweiterung der Lebenshaltungsmöglichkeiten** für die Gesamtheit des Volkes, die nur ermöglicht werden kann durch eine **Steigerung des realen Lohnes** der Arbeitenden. Die Rationalisierung hat nur dann einen Sinn, wenn die Markterweiterung gesichert erscheint. Sie wird zum Unsinn, wenn sie zur Einschränkung des Marktes führt." (S. 31.) Um die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsordnung vor diesem Unsinn zu retten, erfolgen weitere wohlgemeinte Vorschläge auf den Gebieten der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie der Gütererzeugung und Güterverteilung. Wir werden nunmehr die schiefe Darstellung des Charakters der Wirtschaftskrise und die einzelnen Vorschläge zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft kritisch unter die Lupe nehmen, um die ganze Denkschrift hinzustellen als das, was sie in Wirklichkeit ist. Nämlich als Produkt der arbeitsgemeinschaftlichen und wirtschaftsfriedlichen Einstellung der Gewerkschaften, das alle gewonnene marxistische Erkenntnis verleugnet und praktisch nur den Zweck hat, durch neue Illusionen die Arbeiterklasse gegenüber der trotz aller „wirtschaftsdemokratischen" Phrasen erfolgenden brutalen Durchsetzung ihres Programms seitens der Unternehmer wehrlos zu machen und an dem Bestand des kapitalistischen Systems zu interessieren.

Bei seinen Bemühungen, diese Lohnpolitik gegenüber der eingangs erwähnten Kritik als „eine der notwendigsten und wertvollsten Funktionen in der Volkswirtschaft" (!) zu rechtfertigen, entschlüpfen Tarnow in der Hitze des Gefechts Dinge, die für die ganze, in der „Denkschrift" niedergelegten gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik charakteristisch sind, die aber das Prädikat „illusionär" durchaus nicht erschüttern. **„Das regelnde Prinzip (in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung d. Vert.) sind die Privatinteressen derjenigen, die in der Wirtschaft Verfügungsgewalt haben."** Mit diesem Satz, der T. in der „Gewerkschaftszeitung" so gelegentlich entschlüpft wirft er unbewußt das ganze Gebäude der Denkschrift um, die den folgenden Satz zum Leitfaden hat: „Aber unbeschadet dieser Erkenntnis (Lippenbekenntnis zum Klassenkampf d. Vert.) glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Ueberwindung der Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft." —

„Die gemeinsame Arbeit aller Kreise" — die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital — konnte aber bisher trotz des guten Willens des deutschen Proletariats, nach der Parole „Arbeit ist Sozialismus" für die „Privatinteressen derjenigen, die in der Wirtschaft Verfügungsgewalt haben", zu schuften

und zu darben, nicht „die Ueberwindung der Krise und Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft" bewirken. Trotz des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie an den Klasseninteressen des Proletariats befindet sich die deutsche Wirtschaft **in einer „seit etwa einem Jahrzehnt fortgesetzten Krise"**, wie die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie richtig festgestellt. Da diese Feststellung ein Schlag ins Gesicht der bisherigen reformistischen Politik der Gewerkschaften ist, versucht demgegenüber die Denkschrift des ADGB. nachzuweisen, daß „während 10 Jahren infolge der ungesunden Verteilung des Sozialprodukts große Gütermengen von Unternehmern unzweckmäßig investiert worden sind; dieses Kapital ist heute teilweise als verloren zu betrachten, und es ist ein Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit, d. h. Kaufkraft, entstanden, wie es jede Krise in der kapitalistischen Wirtschaft kennzeichnet." (S. 8.) Es ist ganz logisch, daß Leute, die die Durchführung der kapitalistischen „Rationalisierung" lediglich als fehlerhaft betrachten, die Schuld den unvernünftigen Kapitalisten für das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum anhängen, für die wirklichen Ursachen und den Charakter des gegenwärtigen Krisenzustandes völlig blind sind und anscheinend unbegrenztes Vertrauen auf die Zukunft des Kapitals haben.

Durch ihre Verbundenheit mit dem widerspruchsvollen kapitalistischen System verwechseln die Vulgärmarxisten Ursache und Wirkung. Von Leuten, die schon vor dem Kriege die kapitalistische Expansion und den dadurch bedingten Imperialismus als unnötig und überflüssig bezeichneten und die sogar behaupten, daß der Weltkrieg vermeidlich gewesen wäre, wenn die Kapitalisten „vernünftig" gewesen wären und den Raub sich friedlich untereinander geteilt hätten, kann man nichts anderes erwarten. Ursache der heutigen Krisenperiode des Kapitalismus ist die durch die Aufteilung der Welt erfolgte Beschränkung des Weltmarktes, die durch den Weltkrieg insofern ungeheuer verschärft wurde, als dadurch die Zerrüttung der Wirtschaft und die Verarmung Europas eintrat und außerdem infolge der durch die Industrialisierung Amerikas und der überseeischen Kolonien und Vasallstaaten ins Riesige gewachsenen Produktivkräfte das Mißverhältnis zwischen der Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit vergrößert wurde.

Der Schwerpunkt dieser Weltwirtschaftskrise legt sich naturgemäß auf die ökonomisch schwächeren und technisch zurückgeworfenen Länder. Daher auch in Deutschland das Chaos der Wirtschaft, verstärkt durch die Rebellionen der Arbeiter. Die zerrüttete Finanzwirtschaft wurde hauptsächlich von der Schwerindustrie zu einer Inflationspolitik ausgenützt, die den technischen Rückstand der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland ausglich und sie in den Stand setzte, im Inland die Mittelschichten zu enteignen. Die Wirkung dieser Versuche des deutschen Kapitals, sich aus der Absatzkrise zu befreien, war die „ungesunde Verteilung des Sozialprodukts" durch die Anlage des Mehrwerts in Sachwerten. Dadurch wurde die Krise weiter verschärft und erst durch einen gewissen internationalen Ausgleich wurde die Stabilisierung bewirkt, so daß sich heute die „fortgesetzte" Absatzkrise in anderen Formen zeigt. Der Krisenzustand, dieser Niedergang des deutschen Kapitalismus, läßt sich logischer Weise nicht mit den früheren periodischen Krisen vergleichen. Trotz der krampfhaften Bemühungen der Kapitalisten und den mit ihnen solidarischen Gewerkschaften ist eine Krise von der anderen abgelöst worden, so daß wir heute, nachdem aus der „Gesundungskrise" nichts geworden ist, die sogenannte „Reinigungskrise" erleben, die nach dem Wunsch der Denkschrift des ADGB. das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum überwinden soll.

Die Diskontogesellschaft schreibt nun in ihren Mitteilungen vom 18. Februar 1926 nach der Feststellung, daß der Anteil der seit 1919 gegründeten Firmen an der Gesamtzahl der Konkurse von 70 Prozent Mitte 1925 auf 40 Prozent zurückgegangen ist, folgendes: „Spiegelte sich also damit in der Konkursstatistik der Charakter der „Reinigungskrise" im Sinne der Ausmerzung überflüssiger Inflationsgründungen wieder, so ist die Entwicklung inzwischen erheblich darüber hinausgegangen. Der kritischen Konjunkturlage fallen nunmehr auch ältere Unternehmen zum Opfer. Vor allem ist der Einzelhandel stark getroffen, der unter dem Rückgang der allgemeinen Kaufkraft als Folge der Arbeitslosigkeit leidet." Nach der Feststellung, daß die Krise einfach über den ihr zudiktierten Rahmen einer „Reinigungskrise" hinweggeht, findet sie, trotz der Kreditklemme und des Mangels an flüssigem Betriebskapital besonders in der Eisen- und Stahlindustrie, folgendes: „Sehr anschaulich ist die wirkliche Verfassung des Geldmarktes dahin definiert worden, daß er gegenwärtig mehr ein Markt **arbeitsloser Gelder** ist, d. h. Gelder, die **infolge der Depression** allenthalben durch Einschränkungen im Produktionsprozeß frei geworden, und für die ausreichend sichere Möglichkeiten der Neuanlage zunächst nicht gegeben sind."

Aber trotz der „Reinigungskrise" und der Kapitalknappheit ist überflüssiges Geld vorhanden, das auch nicht in den „gereinigten", „gesunden" Unternehmungen gewinnbringend angelegt werden kann, weil die Absatzschranken auch nicht durch noch so fromme Wünsche beseitigt werden können. Nachdem wir festgestellt haben, daß die Krise des deutschen Kapitals nicht durch „Unvernunft" der Unternehmer entstanden ist, sondern einen Teil der internationalen Absatzkrise bilden, kommen wir auf die Stellung der Denkschrift zur Rationalisierung.

In der Denkschrift der Gewerkschaften (S. 9) lesen wir darüber wörtlich: „Aus dieser Betrachtung der Gesamtlage ergibt sich, daß wir in dem Ziel einer Verbesserung und Verbilligung des Produktionsprozesses als Mittel zur Krisenüberwindung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie übereinstimmen; aber wir müssen vor allen Dingen betonen, daß **die Steigerung des Wohlstandes der Massen, die der Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung** ist, aus dieser Verbesserung des Produktionsprozesses folgen muß. **Darum fordern wir die Steigerung des Reallohnes der deutschen Arbeitnehmer, die zu einer Erweiterung des Absatzmarktes und damit wieder zu einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades führen wird.**" Dieses Glanzstück der Gewerkschaften stellt nicht nur die Marxsche Lehre, sondern auch alle ökonomischen Gesetze vollkommen auf den Kopf. Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehend, müssen sie selbstverständlich alle Maßnahmen des Kapitals zur Rettung und Vermehrung seines Profits fördern, so auch die kapitalistische „Rationalisierung". Das ist zunächst das Reale. Dann verliert man sich ins Utopische und erzählt den Unternehmern, daß eigentlich die Steigerung des Wohlstandes der Massen der Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung sei. Wenn die Gewerkschaftstheoretiker auch die Verelendungstheorie vergessen haben, so müßte die Wirklichkeit sie eigentlich über den „Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung" im kapitalistischen Zeitalter belehren. Das zeigen die „Rationalisierungs"maßnahmen der Unternehmer.

Mit diesen Utopien zeigen die Gewerkschaften, daß sie durch ihre Vorschläge den unerhörten Kapitalsangriff auf das Proletariat, seine weitere Verelendung verschleiern und die „Rationalisierung" den Proleten schmackhaft zu machen versuchen. In derselben Linie liegt auch die „Forderung" nach Steigerung des Reallohnes zwecks Erweiterung des Absatzmarktes. Auf dieses neue Schwindelmanöver werden wir in einem besonderen Artikel ausführlich eingehen.

Der 14. Parteitag der Bolschewiki u. seine Ergebnisse

Fortsetzung von Nr. 22.

Veranlassung für die Diskussion über die Frage des sozialen Charakters der Staatsindustrie gab eine Stelle aus der Broschüre des Sekretärs der Leningrader Organisation, Salutzki, „Ueber die Kettenorganisationen". „Wir machen erst die ersten Schritte zur Verwandlung der Uebergangsformen der Betriebe sozialistischen Typs", die aber noch nach Prinzipien des Staatskapitalismus arbeiten, in wahrhaft sozialistischen Betrieben... Das was wir jetzt haben ist in den Grundzügen einstweilig dasjenige, was Lenin als Staatskapitalismus bezeichnet hat." Diese Bezeichnung der Staatsindustrie als staatskapitalistisch wurde mit scharfer Kritik seitens der Mehrheit des ZK. der bolschewistischen Partei empfangen, und später hat Salutzki in der Leningrader „Prawda" vom 13. 9. 25 erklärt: „Nachdem ich in der „Prawda" eine Reihe von Artikel über diese Frage gelesen habe, wurde mir das Nichtzutreffende einzelner meiner Formulierungen klar, und ich gebe ihre Irrtümlichkeit zu. Die Bezeichnung der Staatsindustrie als „konsequent sozialistischer Typ" seitens der Mehrheit wurde jedoch auf dem Parteitag von Sinowjew, Kamenew, Krupskaja, Sokolnikow und anderen Vertretern der Opposition nicht bedingungslos anerkannt. Als Leninisten wagten sie nicht den „konsequent sozialistischen Typ" der Staatsindustrie zu verneinen, da das in einem der letzten Artikel Lenins „Ueber die Genossenschaften" gesagt ist; als Opposition aber, zum Zwecke ihres Kampfes haben sie ihre „wenn" und „aber" gemacht. „Welches ist der Charakter unserer Unternehmungen?" stellte Kamenew die Frage auf und antwortete: „Unsere Fabriken und Betriebe sind tatsächlich Unternehmungen von „konsequent sozialistisem Typ", sie stellen aber keineswegs eine Verwirklichung des Sozialismus dar, in ihnen ist noch nicht einmal die Verwirklichung der sozialistischen Beziehungen wahrzunehmen... Das richtige Begreifen unserer Staatsindustrie besteht darin, daß unsere Unternehmungen tatsächlich „konsequent sozialistischen Typs" sind, da sie Eigentum des Arbeiterstaates sind. Aber sie sind noch lange nicht vollendete sozialistische Unternehmungen; denn die Beziehungen der Menschen, die Organisation der Arbeit, die Formen der Entlohnung, die Arbeit für den Markt machen sie noch nicht zu Elementen einer entfaltenden, sozialistischen Wirtschaft. Nach den Eigentumsverhältnissen sind sie sozialistisch, nach den Beziehungen der Menschen sind sie das noch nicht." („Prawda", 29. 12. 25.)

Dieselbe Meinung haben auch Krupskaja und Sinowjew vertreten. „Jawohl", sagt der Letztere, unsere Staatsunternehmungen stellen einen „konsequent sozialistischen Typ" in dem Sinne dar, daß das Proletariat bei uns für den proletarischen Staat arbeitet; jedoch wissen wir auch, daß wir nicht in jedem Sinne und auf jedem Gebiete sozialistische Beziehungen haben. („Prawda", 30. 12. 25.) Worin die nichtsozialistischen Beziehungen in der russischen Fabrik bestehen, hat der bolschewistische Gewerkschaftler Glebow-Avilow beschrieben: „Wir sind alle einverstanden, daß die nationalisierten Unternehmungen von „konsequent sozialistischem Typ" sind. Wie steht es aber mit den Formen der Beziehungen dieser Fabriken „konsequent sozialistischen Typs"; welches sind die Beziehungen zwischen der Fabrik und den Arbeitern? Nehmen sie die Tarifverträge, die von den Arbeitern durch die Gewerkschaften mit der Administration, mit den Wirtschaftlern abgeschlossen werden; nehmen Sie die Form der Entlohnung, die Akkordarbeit, — sind das etwa Formen der Beziehungen der sozialistischen Fabrik? Sind etwa die Beziehungen der Administration zu den Arbeitern und der Arbeiter zu der Administration charakteristisch für eine sozialistische Fabrik? Betrachten wir den Arbeitsschutz, so müssen wir feststellen, daß wir eineinhalb Millionen Arbeitslose haben und daß die Einstellung und die Entlassung von Arbeitern bei uns keineswegs in einer Weise vorgenommen wird, wie das in einem Unternehmen „konsequent sozialistischen Typs" der Fall sein müßte; und wenn wir dazu die Konflikte zählen — spricht das etwa alles dafür, daß wir eine sozialistische Fabrik haben? Das ist noch bei weitem nicht so. Man fragte mich: Wie ist es in Leningrad? In Leningrad ist dasselbe. Die Tatsache, daß zwanzig Prozent der Arbeiter Ueberstunden leisten und damit den Achtstundentag verlängern — eine nicht besondere Errungenschaft der „sozialistischen" Fabrik, eine Errungenschaft, die in einer ganzen Anzahl europäischer Länder vorhanden ist — diese Tatsachen, daß bei uns unter diesen Umständen die Arbeiter Ueberstunden leisten, spricht längst noch nicht dafür, daß wir eine sozialistische Fabrik haben." („Prawda" und „Trud", 3. 1. 1926.)

Nur Sokolnikow vertrat einen anderen Standpunkt über den Charakter der Staatsunternehmungen. Richtiger gesagt, er hat auch die Staatsindustrie, wie die anderen Vertreter der Opposition, als einen „konsequent sozialistischen Typ", die anderen Staatsunternehmungen (außer der Industrie) hat er als staatskapitalistisch bezeichnet. „Damit wir uns klar darüber werden", sagt Sokolnikow, „mit welchen Elementen der Wirtschaft wir zu tun haben, können wir uns natürlich nicht nur auf die Industrie beschränken. Wir haben neben der Industrie eine Sphäre der Staatswirtschaft, die sich lange nicht mit der Bezeichnung „Industrie" deckt: die Eisenbahnen, der Außenhandel, der Binnenhandel und das Kreditssystem. Und nun frage ich euch: Von dem Moment an, wo die Eisenbahnen, die früher schon unter dem Zaren Staatsbetriebe waren, in die Hände der neuen Macht, der Arbeitermacht übergehen, — werden dann die Eisenbahnen von diesem Moment an tatsächlich zu einer sozialistisch organisierten Wirtschaftseinheit? Keineswegs... Haben wir solche Unternehmungen, die schon jetzt ganz sozialistisch sind? Nein, sogar nicht einmal in der Industrie. Ich nehme nicht aber nur das Gebiet der Industrie, ich frage: Wie ist unser Außenhandel organisier? Unser Außenhandel wird als staatskapitalistisches Unternehmen geführt... Unsere Handelsgesellschaften für Binnenhandel sind auch staatskapitalistische Unternehmungen und ich muß sagen, daß die Statsbank genau so ein staatskapitalistisches Unternehmen ist. Und unser Geldsystem? Unser Geldsystem .. ist von den Prinzipien der kapitalistischen Oekonomie durchdrungen." („Prawda", 29. 12. 25.)

Warum behauptet aber Sokolnikow, daß nur die Eisenbahnen, der Handel usw. staatskapitalistische Unternehmungen sind? Unterscheiden sie sich durch irgend etwas von den anderen Staatsunternehmungen — von den Fabriken? Diese Frage stellt er nicht, damit er nicht in Gegensatz zu Lenin gerät.

Abschließend mit den Differenzen der bolschewistischen Führer über den Charakter der Staatsindustrie müssen wir bemerken, daß ihre Anerkennung als „konsequent sozialistischer Typ" mit der Ausrede, daß die menschlichen Beziehungen in der Fabrik noch nicht sozialistisch sind, nicht nur der Standpunkt der Opposition sondern auch der Mehrheit war. „Die Fragestellung", sagt Bucharin, „ob die Beziehungen der Menschen in der Fabrik vollständig sozialistisch sind, genau wie bei dem entfalteten Sozialismus, oder nicht — hat eine gewisse Berechtigung. Und ich beantworte sie: Nein, nicht vollständig". („Prawda", 12. 1. 26.) Die Differenzen also reduzierten sich darauf, daß die Opposition stärker als die Mehrheit die nichtsozialistischen Beziehungen in der „sozialistischen" Fabrik betonte.

In engem Zusammenhang mit den Debatten über den Charakter der Staatsindustrie stand die der allgemeinen Charakteristik der Nep als ökonomisches System, d. h. der heutigen russischen Oekonomie. Außer den Staatsunternehmungen, die, nach den Stalins ohne jede, und nach Sinowjew mit gewissen „wenn" und „aber", sozialistische Formen sein sollen, existiert noch ein ganzes Meer von Privatunternehmungen in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft, die man auch bei der Charakteristik der heutigen russischen Oekonomie in Betracht ziehen muß. Nach Sinowjew stellt sie ein System des Staatskapitalismus dar; ein Drittel von seinem Korreferat war dem Beweis mit Leninzitaten, daß in Rußland das System des Staatskapitalismus herrscht, gewidmet. Man muß zugeben, daß diese Charakteristik in vollem Einklang mit den Leninschen Text stand. Denselben Standpunkt vertraten auch Sokolnikow und Krupskaja. „Die Nep" — sagte die Letztere, „ist im Grunde genommen Kapitalismus der unter gewissen Umständen zugelassen wird. Kapitalismus, der vom proletarischen Staate an der Kette gehalten wird." („Prawda" 24. 12. 25.)

Von den Vertretern der Opposition auf dem Parteitag gab nur Kamenew eine andere Bezeichnung des herrschenden ökonomischen Systems: „Welche Gesellschaftsordnung haben wir?" — fragte er und antwortete: „Wir haben eine Uebergangsordnung; nicht kapitalistisch nicht sozialistisch, sondern eine Uebergangsordnung — vom Kapitalismus zum Sozialismus, mit noch überwiegender Produktion der Klein- und Privatwirtschaft über die der Staatsindustrie." („Prawda" 29. 12. 25.)

Dieser Standpunkt deckt sich voll und ganz mit dem der Mehrheit. „Ist denn das heutige Rußland kapitalistisch und nicht ein Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus?" frug Stalin die Opposition auf dem Parteitag. Diese Abweichung dieser Charakteristik von der Leninschen, versuchten die Stalins mit den „Veränderungen, die seitdem in der russischen Oekonomie eingetreten sind, zu rechtfertigen. „Es ist ganz klar", sagt Bucharin, „daß nur ein sonderbarer Mensch — milde ausgedrückt, denken kann, daß man die ökonomische Lage von damals, als wir ein Zehntel, sogar manchmal ein, zwei Prozent der Vorkriegsproduktion herstellten daß man die Lage und die Einschätzung der entsprechenden, ökonomischen Verhältnisse, mechanisch auf die heutige Lage, wo wir fast das Vorkriegsniveau erreicht haben, übertragen kann." („Prawda" 23. 12. 25.)

Auf dieselbe Weise begründete auch Stalin die Abweichung von der Leninschen Bestimmung des Charakters der Nep: „Jetzt", sagt er, „1925, von dem Staatskapitalismus als alles überwiegende Form unserer Wirtschaft zu sprechen, bedeutet, daß man nicht den Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Lage versteht, es bedeutet, daß man die Frage des Staatskapitalismus nicht dialektisch, sondern scholastisch und metaphysisch betrachtet." („Prawda" 29. 12. 25.)

Die dritte Frage der Parteitagsdiskussion war die der Möglichkeit des Sozialismus in einem einzelnen Land, d. h. ist der Sozialismus in Rußland beim Weiterbestehen des Kapitalismus in den anderen Ländern möglich. Unter dieser Fragestellung verbirgt sich die Frage nach der Tendenz der ökonomischen Entwicklung Rußlands: Sozialismus oder Kapitalismus. Die Differenzen in dieser Frage sind in der Antwort des Moskauer Komitees der bolschewistischen Partei auf den Brief der Leningrader Gouvernementkonferenz formuliert. „Noch vor Kurzem" — ist dort zu lesen — „haben die Genossen Kamenew und Sinowjew im Polbüro den Standpunkt vertreten, daß wir in Folge unserer technischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit nicht im Stande wären, mit den inneren Schwierigkeiten fertig zu werden, wenn uns die internationale Revolution nicht rettet. Aber wir sind zusammen mit der Mehrheit des ZK. der Ansicht, daß wir den Sozialismus aufbauen können, daß wir ihn bauen und aufbauen werden trotz unserer technischen Rückständigkeit und unabhängig von ihr." („Prawda" 20. 12. 25.)

Sinowjew und Kamenew haben auf dem Parteitag nicht bestritten, daß sie am Vorabend der 14. Parteikonferenz in der Sitzung des Polbüros eine solche Ansicht vertreten haben, sie haben aber auch nicht den Mut, diese Ansichten zu verteidigen. Kamenew sagt sogar in seiner Rede: „Auf die Frage, ob wir den Sozialismus in unserem Lande unbeachtet des Ausbleibens der Weltrevolution, aufbauen werden, ob wir die Hindernisse überwinden werden, antworten wir: Jawohl, das ist sowohl theoretisch möglich, wie von Lenin bewiesen und praktisch erreichbar in dem Maße, wie wir alle Schwierigkeiten sehen und richtig das Feuer nach der Stelle richten, wo die wirkliche Gefahr auftaucht." („Prawda" 29. 12. 25.) Diese Erklärung Kamenews deckt sich voll und ganz mit dem Standpunkt der Mehrheit des ZK. Fast denselben Standpunkt vertrat Sinowjew in seinem Korreferat: „Es steht unbestritten fest, und es ist durch den ganzen Verlauf unserer wirtschaftlichen Entwicklung bewiesen, daß wir in unserem Lande wirklich den Sozialismus bauen. Wir sprechen nur darüber, ob der Sozialismus endgültig aufgebaut, und die sozialistische Ordnung befestigt werden kann in einem einzigen Lande und dazu nicht in einem Lande, wie Amerika, sondern in unserem Bauernlande. Wir bezweifeln nicht die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande; die Stärke des, in der Sowjet-Union vorhandenen, Proletariats, ist hierzu hinreichend, die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind vorhanden, die gesamtpolitische Lage ist vollkommen günstig, um mit großem Erfolg den Sozialismus aufzubauen, wenn wir dessen eingedenk sind, daß die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse kommt, daß unser sozialistischer Aufbau endgültig im internationalen Umfange vollendet wird." („Prawda" 23. 12. 25.)

Hier bestritt Sinowjew nicht die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in Rußland sondern die des endgültigen Aufbaues. Aus dieser Ansicht folgt, daß für jedes einzelne Land zwei Grade in der Reihe der objektiven Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus existieren: Der eine Grad für den Aufbau eines halben und der andere für den eines ganzen Sozialismus. Diese Revision des Marxismus, für welche die materiellen Bedingungen für die Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise und des Austausches und die Einführung der kollektiven Produktion und Verteilung reif oder nicht reif sind — diese Revision des Marxismus ist nicht ernst zu nehmen, da allein Sinowjew auf sie verzichtet, indem er in seinem Schlußwort auf dem Parteitag entgegen seinem Referat die Ansicht vertrat, daß Rußland allein keine sozialistische Produktion organisieren kann. „Wenn ihr", sagt er, „die richtige Fragestellung in Bezug auf den Aufbau des Sozialismus in einem Lande wissen wollt, so erhieltet ihr sie von einem der prominentesten Genossen, der euch die Grundlagen des Leninismus darlegte." Und Sinowjew zitiert diesen „prominentesten Genossen", nämlich Stalin, der in seiner Broschüre „Ueber die Grundlagen des Leninismus" schreibt: „Zum Sturze der Bourgeoisie genügen die Anstrengungen eines Landes, daß beweist uns die Geschichte unserer Revolution. Zum endgültigen Siege des Sozialismus, **zur Organisierung der sozialistischen Produktion** (merken Sie sich: zur Organisierung der sozialistischen Produktion! G. Sinowjew) sind die Anstrengungen eines einzelnen Landes, besonders eines **solchen bäuerlichen Landes, wie Rußland**, bereits ungenügend, hierzu bedarf es der Anstrengungen der Proletarier einiger fortgeschrittener Länder." („Prawda" 30. 12. 25.)

Sich solidarisch erklärend mit dem hier von Stalin Geschriebenen, stellt sich Sinowjew wiederum auf den Standpunkt, den er mit Kamenew im Polbüro vertreten haben soll.

Ein Blick über die „prinzipiellen" Differenzen zwischen der Opposition und der Mehrheit auf dem 14. Parteitag der Bolschewiki zeigt nicht nur jedem bewußten Arbeiter, sondern jedem Menschen mit gesundem Verstand, daß ihre „Größe" nicht im Einklang mit der Erbitterung des Kampfes zu bringen ist; das zeigt, daß der Kampf nicht um diese Differenzen, sondern um etwas anderes — um **die Führung der Partei geführt wurde**. Es wäre jedoch Kurzsichtigkeit, in diesen Debatten auch die Wiederspiegelung der heutigen, russischen Wirklichkeit nicht zu erblicken.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Die Sachsenkrankheit der SPD.

„Ein neuer Schurkenstreich".

Schon vor längerer Zeit brach das Geschwür der SPD., daß auf dem letzten Landesparteitag notdürftig zugekleistert wurde, wieder von neuem auf. Unter der Ueberschrift: „Ein neuer Schurkenstreich in Sachsen", veröffentlichte der Redakteur der Plauener „Volkszeitung" einen Artikel, in dem er feststellte, daß die „Dreiundzwanzig" auf den „Friedensvertrag" pfeifen. Bekanntlich entschied der Parteitag daß die SPD. in Sachsen für die Auflösung des Landtages stimmen soll. Die Antwort der 23 war nach dem erwähnten Artikel folgende:

„Die fünf Wochen seit der Landesversammlung haben neue Klarheit geschaffen: die Dreiundzwanzig werden den Beschluß nicht durchführen! Die sozialen Anträge wurden zwar sofort eingereicht. Aber schon, als sie im Plenum verhandelt wurden, waren merkwürdige Vorgänge zu beobachten. Die bürgerlichen Redner und besonders der bürgerliche Finanzminister griffen den Begründer dieser Anträge in der höhnischsten und hämischsten Weise persönlich an. **Mit feixenden Gesichtern und sonstigen Beifallsbezeugungen wurden sie dabei von Abgeordneten der 23 unterstützt!** Dann geschah das zweite: die Fraktionsmehrheit gab das nicht gehaltene Referat von Wirth als Sondermitteilungsblatt heraus! Die Fraktionsminderheit hätte das Recht gehabt, darauf zu antworten. Sie tat es nicht. Inzwischen behauptete ein bürgerliches Blatt, es hätten Besprechungen zwischen der **Deutschen Volkspartei, den Demokraten und den Dreiundzwanzig** wegen der politischen Lage in Sachsen stattgefunden. Diese Behauptung ist von den Dreiundzwanzig bis heute nicht bestritten worden, jedenfalls, weil sie nicht bestritten werden kann. Im Plenum handelten sie bei der Abstimmung über den kommunistischen Auflösungsantrag gleichfalls gegen Vereinbarungen mit dem Parteivorstand, nach denen die Fraktion für die Ueberweisung an den Rechtsausschuß stimmen sollte. Im Landtagsausschuß, der die sozialen Anträge beraten muß, setzte die Sabotage der bürgerlichen Koalitionsparteien ein. Und schon jetzt kann festgestellt werden, daß diese Sabotage unterstützt wird durch die Regierung und die Fraktionsmehrheit. Nach dem Beschluß der Landesversammlung hat die Fraktion für die schleunige Verabschiedung der Anträge zu sorgen. Diese angeführten Einzelheiten könnten noch um zahlreiche vermehrt werden. Sie alle würden aber nur erhärten, was ohnehin festzustehen scheint: trotz des Heidelberger Beschlusses, trotz des einmütigen Verlangens des Parteivorstandes, trotz des einstimmigen Beschlusses der letzten sächsischen Landesversammlung sind die dreiundzwanzig Abgeordneten entschlossen, ihren Konflikt mit der Partei nicht zu beenden. Sie sind entschlossen, den Landtag im März nicht aufzulösen! Bei der Beurteilung dieses neuesten Verbrechens können keine Milderungsgründe für sie angeführt werden. Sie wissen, daß die durch ihr Verhalten in der Partei eingetretene Spannung einen Grad erreicht hat, der nicht mehr zu steigern ist, ohne daß es zur Katastrophe kommt. Und deswegen bleibt zur Charakterisierung der Handlung als das, was sie ist, nur übrig zu sagen: ein Schurkenstreich."

Die Fraktionsminderheit hat nun den Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht. Die Antwort der Oberbonzen ist, daß sie eine lebhafte Kampagne in den bürgerlichen Zeitungen einleiteten. Held ist bekanntlich Ministerpräsident der sächsischen Koalitionsregierung, und dieser Posten ist ihm lieber, wie das Geschwätz seiner parlamentarischen Spießgesellen. So tritt die SPD. in dieser Frage wieder gespalten auf. Der Parteivorstand hat natürlich gegen die Tätigkeit der „bewährten Führer" nichts einzuwenden.

Was sich in der SPD. abspielt, ist der offene Anschauungsunterricht dessen, was die KAPD. als grundlegendes Problem des Klassenkampfes erkannt und woraus sie die Schlußfolgerungen zieht. Der bürgerliche Parlamentarismus ist ein Mittel der Bourgeoisie mit dessen Hilfe die Bourgeoisie immer neue Verräter aus dem Proletariat züchtet. Das eigene Gewicht des Parlamentarismus ist konterrevolutionär, die „Rechten" sind in jeder parlamentarischen Arbeiterpartei nun einmal immer im Recht. Den Beweis dafür liefert die KPD., wo die „linke Gefahr" auch immer die größere ist. Das Geschrei der linken SPD. und der KPD., die alles aufbieten, um die Arbeiter im Sumpf des Parlamentarismus und bei ihrer Partei zu halten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihnen dieses Geschrei nur Mittel ist, die Arbeiter bei der Stange zu halten um selbst auf ihren Schultern emporklettern zu können, ein Beginnen, daß sich so lange wiederholen wird, bis das Porletariat letzten Endes in diesem Sumpf versinkt, zu Gunsten seiner „bewährten Führer".

„Die Politik der KPD. wird von Rußland bestimmt"

Der letzte Kurswechsel der KPD.-Zentrale stieß u. a. auch in der Pfalz auf schweren Widerstand. Die Zentrale der KPD. löste daraufhin kurzerhand den ganzen Bezirk auf, und gliederte denselben Baden an. Aber trotz dieser Maßnahme bestehen die Differenzen im alten Maße fort. Sie kamen mit aller Deutlichkeit auf dem in Frankenthal abgehaltenen Bezirksparteitag der Pfälzer KPD. zum Ausdruck, indem der Befehl der Zentrale mit 34 gegen 20 Stimmen abgelehnt und eine Entschließung angenommen wurde, die von der Zentrale die volle Wahrheit über die Zustände in Rußland verlangt; es bestände begründeter Anlaß für die Annahme, daß die Zentrale die wahren Verhältnisse in Rußland grundsätzlich verschleiere. Es scheint, daß die Aktion der „Achtundfünfzig deutschen Arbeiter" doch nicht genügte, um den Arbeitern der KPD. völlig die Hirne zu verkleistern. Die „Rote Fahne", die jeden Dreck über die Differenzen innerhalb der SPD. ausschlachtet, weil — man höre — „den oppositionellen Arbeitern der SPD. das Zentralorgan ihrer Partei verschlossen bleibt", hütet sich natürlich, den Arbeitern ihrer eigenen Partei ihre Spalten zu öffnen. Sie zieht es vor, in einer hundsgemeinen Weise einzelne Wortführer zu diskreditieren und denkt garnicht daran, den eigenen Mitgliedern zu unterbreiten, worauf die Opposition fußt, was ihre Ansicht ist. Sie verbietet einfach eine Debatte über die auf dem 14. Parteitag behandelten Probleme, weil das Moskau befahl. Wer nicht hündisch kuseht — wie Thälmann, der in dieser Beziehung alles bisher dagewesene überbietet — ist ein „Antibolschewist", und soweit ganze Bezirke, wie Hannover und die Pfalz nicht parieren, werden sie aufgelöst, und Redaktionen und Sekretariate mit käuflichen Elementen besetzt. Daß es in den Mitgliedern der KPD. zu dämmern beginnt, beweist das „**Mitteilungsblatt der KPD.-Opposition**" des Bezirks Niedersachsen, Nr. 1. Dort heißt es:

„Zur Lage.

1.

Aufrechterhaltung und Aufbau einer selbständigen revolutionären Partei, welche, gestützt auf die Sympathien der proletarischen Massen, in ihrer Zielsetzung sowohl wie in ihrer gesamten Tagesarbeit die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und den Aufbau des Sozialismus durch die Rätediktatur betreibt: das ist das wesentliche Ziel unserer Opposition.

Die KPD. hat dieses Ziel aufgegeben. Sie glaubt nicht mehr an die Revolution, sondern erklärt den Kapitalismus für „stabilisiert". Sie stürzt nicht mehr jedwede kapitalistische Regierung, sondern macht ihren Frieden mit ihr, wo immer es opportun ist, durch „positive" Parlamentsarbeit, durch Bewilligung arbeiterfeindlicher Steuern, **durch stille Koalition wie in Preußen, ja durch offenen Eintritt in die Regierung, wie er für Sachsen geplant ist.** Sie grenzt sich nicht mehr als einzige revolutionäre Partei stolz von der SPD. ab, **sondern wirft sich der SPD. an den Hals wie eine Dirne. Und die SPD. wehrt sich gegen sie mit Fußtritten.**

Die Politik der KPD. wird von Rußland bestimmt.

Sinowjew kennzeichnet diese Politik: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stabilisationsstimmungen gewisse Gefahren mit sich bringen, daß sie manchmal wirkliches, echtes Liquidatorentum und Fäulnisprozesse zur Folge haben." (Rede auf dem 14. Parteitag der KPD.)

Zuerst wird die rote Gewerkschafts-Internationale liquidiert. Der „Realpolitiker" Tomski, Vorsitzender der russischen Gewerkschaften, ruft, **nachdem er vorher in Berlin mit Herrn Graßmann vom ADGB. konferiert hat, auf dem russischen Parteitage gegen Losowski, den Vorsitzenden der RGI.:**

„Schluß mit der Agitationsphrase von der gewerkschaftlichen Einheit: Wirkliche gewerkschaftliche Einheit. Wir werden nach Amsterdam gehen müssen."

Niemand zweifelt, daß in Kürze die Rote Gewerkschafts-Internationale der Vergangenheit angehört.

Die Kommunistische Internationale folgt hinterher. Die kommunistischen Parteien haben nicht gehalten, was Rußland sich von ihnen versprach. Durch das Taumeln von einer Parole zur andern und die Unfähigkeit ihrer Führer in der Brandlerzeit haben sie die bisherigen Möglichkeiten revolutionärer Erhebungen verpaßt, auf die Rußland fest rechnete. „Am Anfange der Oktoberrevolution waren wir davon überzeugt, daß die Arbeiter der andern Länden uns in wenigen Monaten oder im schlimmsten Falle in einigen Jahren zu Hilfe eilen werden." (Sinowjew, Parteitag.) Jetzt muß sich Rußland allein helfen. Dazu bedarf es des Friedens nach innen mit den Bauern und nach außen mit den kapitalistischen Mächten. Beim Frieden mit den Bauern, die höhere Kornpreise und gleiches Wahlrecht verlangen und erhalten, stößt Rußland auf den Widerstand seines Industrieproletariats, **das von der 35 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachenden kapitalistischen Bauernschaft erdrückt zu werden befürchtet.** Beim Frieden mit den kapitalistischen Mächten, die für die Gewährung von Anleihen Einstellung der revolutionären Weltpropaganda und Liquidation der Komintern verlangen, stößt Rußland auf den Widerstand aller revolutionären Teile der Komintern.

Rußland braucht bei den kapitalistischen Ländern Anleihen, aber keine revolutionären Umtriebe. Das wird ganz offen verkündet. Im „Offiziellen Bericht der Englischen Gewerkschaftsdelegation" wird auf Seite 11—12 der „Unterschied und sogar das Auseinanderstreben zwischen der propagandistischen und bekehrungswütigen Politik der Komintern und der praktischen Realpolitik des Kommissariats des Auswärtigen" sowjetamtlich festgestellt und der Komintern die Aufgabe belassen, „nicht so sehr die Propagandaabteilung einer politischen Partei, sondern mehr die einer Glaubensgemeinschaft" zu sein. Nun, der revolutionäre Teil der Kommunistischen Internationale bedankt sich für die Rolle einer zweiten Heilsarmee."

Ein anderer Absatz des Mitteilungsblattes heißt:

KPD.-Führer als Fürstenknechte.

Die jetzigen Führer der KPD. haben ihre Agitation jetzt ganz auf einen Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten eingestellt und lenken das deutsche Proletariat damit von revolutionärer Aktion und vom Kampfe gegen den Kapitalismus ab. Aber nicht einmal die Enteignung der Fürsten ist ihnen ernst. Gerade die jetzigen Führer, die Böttcher und Heckert, die im Oktober 1923 von ihren sächsischen Ministersesseln aus das Proletariat vom Kampfe zurückrissen, haben damals im Oktober 1923 dem sächsischen Königshause ungeheure Reichtümer zuschanzen wollen. Am 23. 10. 23 brachte der kommunistische Finanzminister Böttcher einen Gesetzentwurf ein, in welchem dem Königshause nicht nur die Moritzburger Domänengrundstücke, das Schloß Moritzburg mit Ausstattung und mehrere Forstreviere überlassen wurden, sondern auch noch

14 Millionen Mark

nebst Zinsen von 5 Prozent ab 1. 6. 20. Das Ministerium, dem außer Böttcher Heckert als Wirtschaftsminister angehörte, schämte sich nicht, dem verächtlichen Königsgeschlecht nachzurufen, daß es dem Königshause dankbar sei, weil dessen Mitglieder in langer Ahnenreihe dem Lande hohe Kulturwerte vermittelt haben. Zwei Tage darauf wurden die Böttcher und Heckert von der Reichswehr aus dem Lande gezagt. Und so was führt jetzt die KPD."

In diesen Ausführungen tritt der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Interessen Rußlands und denen des kämpfenden Proletariats klar hervor. Wir müssen jedoch die KPD.-Proletarier erneut darauf hinweisen, daß die Zeiten vorbei sind, wo innerhalb der III. Internationale eine revolutionäre Opposition geschaffen werden könnte. Hier gibt es nur eine Alternative: Entweder den Bruch mit Rußland, oder den Marsch zur SPD. Der Gedanke, das Sinowjew ernsthaft einen revolutionären Kurs steuern wolle, wenn die Sektionen dazu in der Lage wären, ist geradezu lächerlich. Rußland braucht eine „offizielle" Opposition, und es ist schwer, festzustellen, ob der Kampf der einzelnen Führer lediglich ein Kampf um die Posten — was zweifellos der Fall ist — oder auch, ob zeitweise einfach offiziöse Opposition gespielt wird. Den Arbeitern der KPD. wird keine andere Wahl bleiben, als entweder mit den Henkern der Revolution eine Einheitsfront im Interesse Rußlands zu bilden, oder aber den Weg der KAPD. zu gehen, den die KAPD. schon vor fünf Jahren ging, in der felsenfesten Ueberzeugung, daß die Geschichte letzten Endes die Richtigkeit dieses Weges bestätigen wird.

Kollontay von ihrem Posten als Botschafterin in Norwegen abberufen

Diese Abberufung wird in einer versteckten Notiz in der „Roten Fahne" sowie auch im „Vorwärts" gemeldet. Gründe werden nicht angegeben. Doch erfolgt diese Abberufung kurz nach dem Erscheinen ihres Buches: „Wege der Liebe", in dem sie manches zu berichten weiß, was die „Achtundfünfzig deutschen Arbeiter" nicht gesehen haben. Die „Rote Fahne" kritisierte dieses Buch in einer sehr abfälligen Weise und warf der Verfasserin Einseitigkeit vor. Sie hätte sich von der Nep — diesem „Bestandteil der proletarischen Revolution" — den Blick trüben lassen. Bekanntlich trat Kolontay schon im Jahre 1921 auf dem Kongreß der III. Internationale gegen den heutigen Kurs auf. Ihre Ansichten hatte sie damals in einer Broschüre niedergelegt, die aber auf Befehl Moskaus eingestampft wurde. Teile dieser Broschüre veröffentlichte damals die „KAZ.". Nachdem hat sie sich scheinbar gefügt und wurde für den Gesandtenposten in Norwegen ausersehen. Diese Mission war jedoch als eine Maßregelung gedacht. Ihr Buch — das wir noch ausführlich besprechen werden — zeigt, daß sie auf dem in dem Buche gewählten Stoff doch sehr viel und auch sehr treffendes über Rußland zu sagen und zu begründen weiß und man geht wohl nicht fehl, anzunehmen, daß die Moskauer Päpste ihr zumindest eine Stellung zugedacht haben, die eine literarische Tätigkeit, die den Moskauer Machthabern gefährlich werden könnte, ausschließt.

Fememordseuche und „Welt am Abend"

In der „Welt am Abend" vom 16. März findet sich folgende Notiz:

„Neue Fememorde aufgedeckt.
Eigener Bericht der „W. a. A."
Berlin, 16. März.

In den letzten Tagen sind abermals eine Reihe von Fememordtaten aufgedeckt worden. Ein augenblicklich in Haft sitzender Angehöriger der KAPD. hat bekundet, daß im Juli 1923 in einem Schrebergarten in Bochum die Leiche des von der Feme ermordeten Studenten Hennig gefunden worden sei. Außerdem liegen im Königsforst bei Dortmund vier Leichen von Femeopfern. Auch sei ein unter dem Namen „Steinmann" für die KAPD. arbeitendes Mitglied von der völkischen Feme ermordet worden, wofür die Leitung der KAPD. Beweise habe. Außerdem seien in der Gegend von Bochum verschiedene Mitglieder der KAPD. spurlos verschwunden, die von ihrer Partei den Auftrag zur Arbeit in nationalistischen Verbänden hatten. Als Anstifter der Morde käme der Hauptmann „Beppo" (wahrscheinlich Spitzname für Römer) in Frage, der in Charlottenburg wohnen soll. Dieser Hauptmann Römer trage sich mit der Absicht, Europa zu verlassen. Als Geldgeber für die Fememorde wird von den Mitgliedern der Kommunistischen Arbeiterpartei der deutschnationale Abgeordnete Jalinke bezichtigt. Insgesamt seien an diesen Fememorden 18 Personen beteiligt.

Auf Grund dieser aufsehenerregenden Bekundungen hat die Oeffentlichkeit ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, was die Gerichtsbehörden, denen, wie wir erfahren die Sache übermittelt worden ist, bisher zur Aufdeckung dieser neuen völkischen Verbrechen unternommen haben."

Die Zentrale der KAPD. hat nach Erscheinen dieser Notiz sofort versucht, Aufklärung darüber zu erhalten, von welcher Seite her die „Welt am Abend" in diesen oben gesagten Einzelheiten unterrichtet wurde. Der Zentrale der KAPD. war und ist bis heute nicht bekannt, daß sie einigen Genossen einen Auftrag gegeben hätte, in den deutsch-völkischen Organisationen zu arbeiten. Die Redaktion der „Welt am Abend" war nicht aufzufinden, jedoch der anwesende Verbindungsmann sagte zu, baldmöglichst eine Aeußerung der Redaktion zu veranlassen. **Das ist jedoch bis heute nicht geschehen!**

Da die „Welt am Abend" es nicht für nötig hielt, vor Erscheinen dieser Notiz mit der Zentrale der KAPD. eine Rücksprache herbeizuführen, um so vielleicht wirklich Aufklärung in den behaupteten Fällen zu schaffen, ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß es der „Welt am Abend" — wie bei jeder beliebigen Gelegenheit — nicht um die Sache selbst, sondern um die Sensationsmache zu tun ist. Es wird an der Redaktion der „Welt am Abend" liegen, durch schleunigste Aufklärung in diesem Falle diese unsere Bedenken zu zerstreuen.

Wirtschaft

Sinkende Ausfuhr im Februar

Die Wirtschaftskrise spitzt sich zu trotz Stillstandes der Arbeitslosenziffer, trotz alles Geredes über die „Gesundung der Wirtschaft".

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist auch im Februar wie in den beiden Vormonaten „aktiv". Und zwar wieder durch weiteres Zurückgehen der Einfuhr. Der Ausfuhrüberschuß im Februar beträgt insgesamt 67 Mill. RM., gegen 87 Mill. RM. im Januar und 36 Mill. RM. im Dezember.

Im reinen Warenverkehr beträgt der Ausfuhrüberschuß 121 Millionen RM.

Es betrug in 1000 RM. nach Gegenwartswerten die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Febr. 1926	Jan. 1926	Febr. 1926	Jan. 1926
Lebende Tiere	5,247	5,037	1,077	975
Lebensmittel u. Getränke	227,085	224,387	50,320	66,204
Rohstoffe u. halbf. Waren	332,653	378,178	157,395	159,208
Fertigen Waren	96,755	99,916	564,098	568,251
Reiner Warenverkehr	661,740	707,518	782,890	794,638
Gold und Silber	59,419	26,079	4,986	6,834
Zusammen:	721,159	733,597	787,876	801,472

Es betrug (in Tausenden und dz) die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Febr. 1926	Jan. 1926	Febr. 1926	Jan. 1926
Lebende Tiere 1)	47	51	3	2
Lebensmittel u. Getränke	4,977	4,362	2,329	2,963
Rohstoffe u. halbf. Waren	24,673	23,148	28,650	23,140
Fertige Waren 2)	715	715	5,658	5,866
4) Waren aller Art	30,412	28,277	36,641	32,271
Gold und Silber 3)	593	644	472	586
Zusammen:	30,413	28,278	36,641	32,272

1) Ohne Pferde.
2) Ohne Wasserfahrzeuge.
3) Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.
4) Reiner Warenverkehr.

„Die KPD. im eigenen Spiegel"

ist der Titel der im Verlag für Arbeiterliteratur soeben erschienenen 178 Seiten starken Broschüre. Sie ist eine Fundgrube für jeden Arbeiter, der sich Klarheit über das Wesen der KPD. und der 3. Internationale verschaffen will. Diese Broschüre

muß jeder Arbeiter lesen!

Bestellungen sind sofort zu richten an die **Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**

Bei der ersten Tabelle ist zu beachten, daß die Einfuhr an Fertigwaren viel niedriger ist als die Endsumme für Februar ziffernmäßig besagt, da die Einfuhr an unbearbeiteten Gold- und Silbermünzen die des Januar um 33 340 000 übersteigt, dies erhöht auch das Gewicht der Endsumme in der ersten Kolonne der zweiten Tabelle.

Die höhere Gewichtsmenge in der Endsumme der Februarkolonne ist zurückzuführen auf eine erhöhte Ausfuhr von minderwertigen Waren (Steinkohlen und Wiederausfuhr von Rohstoffen) die in der Gesamtausfuhr einen niedrigeren Wert haben, als die Gesamtausfuhr des Januar.

Die reine Warenausfuhr im Februar zeigt gegenüber dem Vormonat, der einen schon seit September 1924 nicht wieder erreichten Tiefstand aufwies, ein weiteres Absinken um 46 Millionen RM. auf 662 Millionen RM. Damit liegt die Einfuhr um 374 Mill. RM. unter dem Monatsdurchschnitt von 1925 (1036 Millionen Reichsmark). Ein Zeichen von der enorm zerstörten Kaufkraft. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat ist auf die weitere Verminderung der Rohstoffeinfuhr zurückzuführen. Die Industrie hat also schon im Februar mit einer weiteren Drosselung der Produktion gerechnet. Die Stillegungen und Einschränkungen, die heute noch munter weiter gehen, sind der Ausdruck dafür. Der unbedeutenden Zunahme der Lebensmitteleinfuhr (um 3 Millionen RM.) steht eine entsprechende Verminderung der Fertigwareneinfuhr gegenüber. Bei der Ausfuhr sind im Februar gegenüber dem Vormonat nur unbedeutende Veränderungen festgestellt. Die Ausfuhr insgesamt ist noch weiter zurückgegangen (um 12 Mill. RM.); und zwar ist die Ausfuhr an Fertigwaren um 4 Mill. RM., die Ausfuhr an Lebensmitteln (vor allem an Weizen und Roggen) um 16 Mill. RM. zurückgegangen. Die Ausfuhr an Rohstoffen, d. i. Wiederausfuhr, ist dagegen (um 8 Mill. Reichsmark) gestiegen.

Die Februar-Außenhandelsbilanz zeigt jedenfalls alles andere eher, als eine Gesundung. Die verminderte Ausfuhr hat natürlich eine verminderte Produktion für das Inland zur Folge, die aus den Betriebsstillegungen resp. aus dem verminderten Konsum resultiert. Auch wenn der Unterkonsum aus der verminderten Ausfuhr durch die Saisongewerbe wieder wettgemacht, ja, selbst wenn die Konsumindustrien aus diesen sich beleben sollten, so bleibt immer die ständig weiterfressende Krise übrig, die sich zum Herbst katastrophal steigern muß.

Die fressende Krise

Die Zeche Hannibal II hat vom Demobilmachungskommissar die Erlaubnis zur Stillegung erhalten. Es werden 700 Arbeiter entlassen.

•

Die Zeche Hannover hat für die Gruben I—IV die Erlaubnis erhalten, 220 Kriegsbeschädigte zu entlassen. Es sollen (?) dafür andere Arbeiter eingestellt werden. — Die Auslese beginnt!

•

Die J. P. Bemberg A.-G. in Barmen hat weiteren 280 Arbeitern gekündigt.

•

Die Lage im Siegerländer Erzbergbau, der schon zum größten Teile außer Betrieb ist, hat sich verschlechtert. Die Förderung des Absatzes der Siegerländer Gruben erreichte für Februar einen neuen Tiefstand, es wurde 17 Prozent weniger gefördert und versandt als im Vormonat. Für Monat April ist ein neuer Erzeugungsrückgang zu erwarten, da die Grube Eisenzecher Zug, die größte im Bezirk, ihre Förderung einstellen wird. Ueber 400 Bergleute haben bereits die Kündigung erhalten.

•

Die Verwaltung der Stahlwerk Becker A.-G. hat sich infolge der anhaltenden Absatzschwierigkeiten auf dem Roheisenmarkt entschlossen, den Hochofen auf der Rheinholdhütte ab 15. April stillzulegen. **Die Absatzverhältnisse für Stahl zeigen eine leichtere Besserung.** (!!)

•

Die Friedr. Krupp A.-G. Essen, entläßt zum 1. April 4300 Arbeiter. In den Abteilungen Lastkraftwagen- und Waggonbau wurden 1500 und aus anderen Abteilungen 2800 gekündigt.

•

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hat die Stillegung des Stahlwerkes und des Blockwalzwerkes wegen Unrentabilität beim Demobilmachungskommissar beantragt.

•

Die Vereinigten Jutespinnereien und Webereien A.-G. hat die Stillegung ihrer Zweigstelle in Bautzen zum 1. April beschlossen. Es werden 950 Arbeiter davon betroffen. Wie die Verwaltung mitteilt, kommt eine Wiedereröffnung nicht in Frage.

•

Ueber die Wilhelm Kaufmann Textilwerke wurde am 24. März der Konkurs eröffnet. Die Gläubiger haben mit einem 10—20-prozentigen Anteil ihrer Forderungen zu rechnen.

•

Die Bayrischen Sprengstoffwerke und Chemischen Fabriken A.-G. in Nürnberg haben die Geschäftsaufsicht beantragt.

•

Die Schiffe der deutschen Reedereifirma Hemsoth, etwa 20 000 t, sind an eine holländische Bankfirma verkauft, die Besitzerin der 1. Hypothek war.

•

Die Werkshandelsgesellschaften des Stummkonzerns, die Montangesellschaft Saar G. m. b. H., Mannheim—Frankfurt a. M.—Stuttgart und die Bayerische Eisenhandels-G. m. b. H. in München—Nürnberg—Würzburg, treten, wie die „F.-Z." aus Köln erfährt, am 1. April dieses Jahres in Liquidation. Die an diesen Plätzen vorhandenen Lagerbestände übernimmt die von Otto Wolff in Köln maßgebend kontrollierte Süddeutsche Eisen-A.-G. in Nürnberg.

•

Die Elberfelder Privatbank A.-G. in Elberfeld hat Konkurs angemeldet.

Der Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit, die nach den statistischen Feststellungen vom 1. d. Mts. mit 2 056 807 Unterstützten für das ganze Reich, und mit 244 488 (am 26. 2.) Personen für Berlin berechnet wurde, hat rein ziffernmäßig gesehen, eine leichte Besserung erfahren. Diese Besserung ist begründet in der stets um diese Zeit des Jahres, diesmal jedoch nur wenig merklich eintretenden Belebung der Gesamtwirtschaftslage. Eine solche Besserung ist in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Verkehrsgewerbe, in der chemischen Industrie und in der Nahrungsmittel- und Genußbranche zu verzeichnen. In Berlin betrug die Ziffer der registrierten Arbeitslosen am Sonnabend, den 20. März 246 035 oder 800 weniger als in der Vorwoche. Da aber bedeutend mehr als 800 Arbeiter im Baugewerbe Landwirtschaft u. a. eingestellt wurde, so steigt die Ziffer der arbeitslosen Industriearbeiter also immer noch stark an.

Verlustabschluß der Preußischen Staatsbank.

Die Preußische Staatsbank (Seehandlung) hat ihren Abschluß für das Jahr 1925 bekanntgegeben. Die Verluste aus den Betrügereien durch die sozialdemokratischen Führer unter aktiver Mithilfe des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter werden — nach diesem papiernen Abschluß, auf über 25 Millionen Reichsmark der proletarischen Steuergelder angegeben. Es sind sämtliche Gewinne der anderen Konten dazu verwendet und trotzdem wird für 1926 ein Verlust von 4½ Millionen vorgetragen. Die Sozialdemokratie wird dafür noch manchem Streik die Spitze umbiegen müssen, bis sie dem Kapital die Diebessummen ihrer Parlamentarier und der anderen Freunde ihres Mitgliedes Barmat wieder eingebracht hat.

Streikwelle in Frankreich.

Das fortgesetzte Anziehen aller Bedarfs- und Lebensmittelpreise hat über die französische Industrie eine Sturzwelle von Streiks gebracht. Sie drück sich zunächst in einer Unzahl lokaler Arbeitseinstellungen aus, doch droht eine Reihe von Konflikten, die sich über das ganze Land ausdehnen werden.

Um Ventile zu öffnen, hatten die Gewerkschaften halbtägige „Proteststreiks" veranstaltet! In den betreffenden Branchen ruhte die Arbeit vollkommen. Wie es scheint, werden die Gewerkschaften auf diese Weise den Zündstoff nicht beseitigen.

Aus der Bewegung

Der Brandlerkurs der KPD. und seine Folgen

Die Erkenntnis bricht sich Bahn.

„An die Bezirksleitung Westsachsens der KPD.!

Werte Genossen! Anbei übersende ich Euch mein Mitgliedsbuch der KPD., der ich 4 Jahre lang angehört habe, zurück mit der Erklärung, daß ich aus der KPD. austrete.

Ich sehe mit wachsender Deutlichkeit, daß die naturnotwendig zum Kapitalismus führenden Wiederaufbauinteressen Rußlands von verderblichstem Einfluß auf das deutsche Proletariat sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die im Auftrag Rußlands durchgeführte, schändliche Ruhrwiderstandspolitik trotz der Oktoberniederlage fortgesetzt wird als kapitalistische Bündnispolitik unter der Parole „Ostorientierung". Die Besuche der berüchtigten deutschen Generalstäbler Oberst Bauer und Oberst Nicolai in Rußland, der Besuch Tschitscherins bei Seeckt zeigen drastisch, was unter Ostorientierung zu verstehen ist:

Ein Militärbündnis Rußlands mit dem kapitalistischen Deutschland, anstatt eines revolutionären Angriffskrieges gegen eben dieses kapitalistische Deutschland. Daß diese russische Außenpolitik die Liquidierung jeder revolutionären kommunistischen Politik in dem „Bündnisstaat" Deutschland zur Folge hat, wird außer der wachsenden Anerkennung der SPD. für die sozialdemokratische komm. Politik der Gegenwart dadurch evident, daß auf direkte Anweisung von Moskau der illegale O. D. der Partei aufgelöst werden mußte. Die jämmerliche Haltung der sogenannten deutschen Opposition auf der Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau hat mich zu der Ueberzeugung gebracht, daß der ins Verderben führende Einfluß Rußlands nicht innerhalb der KPD. gebrochen werden kann. Ich trete deshalb der KAPD. als der Vorkämpferin des revolutionären Proletariats bei. Johannes Schichke.

•

Der Genosse sendet uns diese seine Begründung zu, die manchem Arbeiter der KPD. zu denken geben sollte. Nebenbei sei noch erwähnt, daß der Genosse Berichterstatter für die „Rote Fahne" am Staatsgerichtshof war.

Forst

Die Lage der Lausitzer Tuchindustrie.

Wie die bürgerliche Presse (Forster Tageblatt, Nummer 67 vom 20. 3. 26 und Nummer 66 vom 19. 3. 26) über die Krise urteilt, kann aus folgendem Bericht der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz an den Minister für Handel und Gewerbe ersehen werden:

„Eine Aenderung in der Wirtschaftslage ist gegenüber den Vormonaten nicht zu verzeichnen. Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkt sich gegenwärtig in vollem Umfange aus. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Allgemeinen noch im Ansteigen begriffen. (!!!!) Die wöchentliche Arbeitszeit hat in den Betrieben — von Ausnahmen abgesehen — eine weitere Verkürzung erfahren (!!!), nachdem die für die neue Winterkollektion notwendigen Musterarbeiten in der Hauptsache beendet sind.

Die Zahl der Insolvenzen innerhalb der Abnehmerschaft hat in den beiden ersten Monaten des Jahres 1926 im Vergleich zu den Monaten des Vorjahres eine sehr wesentliche Steigerung erfahren. Hieraus ergibt sich eine wachsende Unsicherheit im geschäftlichen Verkehr mit den Abnehmern, die zur Erschwerung des an sich geringen Umsatzes außerordentlich beiträgt. Die Rückwirkung auf die Industrie zeigte sich in Zahlungseinstellungen unserer Tuchfabriken.

Es besteht zurzeit wenig Aussicht (!!!), daß sich in der wirtschaftlichen Lage der Betriebe in absehbarer Zeit eine Besserung fühlbar machen wird."

Aber die bürgerliche Presse hat auch den — von ihrem Standpunkt aus betrachtet — sehr bemerkenswerten Mut, Statistiken über das wachsende Elend zu machen:

Die Erwerbslosen-Bewegung in Forst während der letzten vier Monate.

Zahl der Erwerbslosen:

Stichtag	Männer	Frauen	Zusammen	Zugang
1. 12. 25	326	155	481	
16. 12. 25	467	227	694	213
1. 1. 26	708	340	1048	354
15. 1. 26	1325	789	2114	1066
1. 2. 26	1807	1164	2971	857
15. 2. 26	2146	1341	3487	516
1. 3. 26	2428	1663	4091	604
15. 3. 26	2520	1724	4244	153

Die Stadt Forst kann wohl den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, daß sie in Bezug auf Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit gleich nach dem Ruhrgebiet marschiert, verhältnismäßig, zur Einwohnerschaft, 38 000 Einwohner. Was nicht erwerbslos ist, **arbeitet fast alles kurz!** Und die Arbeiterschaft selbst!? Die scheint sich gar nicht so unwohl dabei zu befinden, wenigstens merkt man nicht viel vom Gegenteil! Auf was wartet sie eigentlich noch? Glaubt sie etwa nach Art der Bibelforscher, daß ein höheres Wesen, Christus, vom Himmel heruntersausen und sein Reich aufrichten wird, in dem jeder Arbeit und Brot findet?! Das goldene Zeitalter?!

In schwierigen Künsten aber übt sich die „einzige", die „wahre", die „allein berufene" Arbeiterpartei, die KPD, nämlich! Sie versucht fertig zu bringen, was bis jetzt noch kein Mensch vorgemacht hat: den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen! Aber, wenn die Arbeitslosigkeit halbwegs noch so ein paar Jahre dauert — und es sind die besten Aussichten vorhanden, daß sie eine dauernde „Einrichtung" wird, und die Proletarier sich daran gewöhnen müssen, die Krisenerscheinungen zu numerieren nach der Stärke, vom 1. bis 10. usw. Grades! — so wird diese Partei die Massen diese schwierigen Sachen ganz gewiß auch noch lehren.

Halle

Zeichen des nahenden Erwachens.

Ein glänzendes Beispiel für die Gralshüterrolle der KPD. in der Gewerkschaft wurde am 3. März in Halle von dem Ortsvorstand gegeben, dessen Mitglieder ohne Ausnahme stramme Leninisten sind. Die Versammlung war einberufen, zwecks Stellungnahme zu dem Vorgehen der Metallindustriellen. Der Referent gab einen Ueberblick über die Lage der Dinge im Metallgewerbe. Die mitteldeutschen Industrieritter hatten die Forderung auf 10 Prozent Lohnabzug eingebracht. Die gleichen Maßnahmen, welche in den rheinischen sowie in den Berliner Betrieben schon vor längerer Zeit durchgeführt wurden, und zwar unter der größtmöglichsten Duldung der Gewerkschaften, die nur unter intensivem Druck der Mitgliedschaft den Streik lokal proklamierten und sich an die Spitze des Kampfes stellten, um denselben schneller abwürgen zu können. Diese famose Nadelstichtaktik der Gewerkschaften wurde von dem KPD.-Referenten mit keinem Wort erwähnt. Die einzige Losung, die aus seinen Ausführungen zu vernehmen war, lautete Streik der Metallarbeiter Mitteldeutschlands, falls das Resultat des Regierungs-Schiedsspruches unzureichend sein sollte.

Als einziger zur Diskussion sprach ein Kollege der AAU., er zeigte die Stellung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Klassenlage der Arbeiterschaft auf, sowie auch den Charakter der Gewerkschaften als beste Stütze für den Kapitalismus. Er schlug als Voraussetzung zur Durchführung des Kampfes der Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend, die Organisierung der Arbeiter im Betrieb als Klasse vor. Zustimmende Worte der Versammlungsteilnehmer zu allen Teilen der Ausführungen haben den Beweis erbracht, daß das Frühlingsrot der erwachenden Erkenntnis über die Bedingungen des proletarischen Sieges auch in Halle angebrochen ist.

Der beabsichtigte Hinauswurf eines fanatischen Bonzenanwärters, als dieser die Ausführungen unseres Genossen zu sabotieren versuchte, kennzeichnet die Stimmung der so oft betrogenen Gewerkschaftler. Der Referent versuchte im Schlußwort mit kindischen Anzweiflungen an die Berufstätigkeit des Unionsgenossen die Wirkungskraft seiner Ausführungen abzuschwächen. Als dieses nicht bei seinen eigenen Mitgliedern half und allgemeines Erstaunen auslöste, versuchte er sein Heil in der Erwähnung der Ludwigshavener Separatisten-Angelegenheit, mit der die AAU. soviel zu tun hat daß sie die Ueberläufer aus ihren Reihen nach Kenntnisnahme der Dinge kurzerhand aus der Organisation warf.

Doch alle diese haltlosen Argumente trugen nicht im geringsten dazu bei, die Richtigkeit der Worte des Unionsgenossen zu verschleiern und zu verwischen. Den besten Anschauungs-Unterricht bekamen die Halle'schen Metallarbeiter durch die zweifelhafte Stellungsnahme gegen den staatlichen Schiedsspruch, welcher eigentümliche Klauseln aufweist. Es heißt sinngemäß, daß der Tariflohn unangetastet bleiben soll, daß dagegen aber den Unternehmern das Recht eingeräumt wird, die Anrufung einer Kommission, welche in einzelnen Betriebsfällen entscheidet über die Notwendigkeit einer Lohnreduzierung. Der Zweck dieses Manövers ist klar erkenntlich, man will die Frage des Kampfes der Metallarbeiter, welcher schon vorerst auf Mitteldeutschland beschränkt war nunmehr nur auf die einzelnen Betriebe beschränken. Teile und herrsche, ist hier das Motto des Unternehmertums und findet durch die Taktik der Gewerkschaften die beste Unterstützung. Arbeiter, lernt aus diesen Dingen, tretet aus aus diesen Berufsverbänden, schließt euch zusammen in den Betrieben als Klasse, im Kampf zur Ueberwindung der heutigen Gesellschaft.

„Proletarier"

Revolutionär-marxistische Monatsschrift

herausgegeben von der

Kommunistischen Arbeiter-Partei

**Politik
Wirtschaft
Arbeiterbewegung
national und international.
Probleme der Gegenwart und Zukunft**

werden im „Proletarier" nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom Standpunkt der proletarischen Klassenbewegung aus behandelt. Die Spalten des „Proletarier" stehen jedem offen, der sich mit Ziel und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung fördernd auseinandersetzen will.

Heft 2/3 ist erschienen.

Aus dem Inhalt: Die Zukunft der Linken in der KPD. — Volksentscheid für Fürstenenteignung. — Die Selektionstheorie als Reinigungskrise. — Agrarpolitische Bausteine. — Kriminalität und Wirtschaftslage. — Der Kampf um Asien. — Und andere Beiträge.

Preis des Heftes 50 Pfennig.

Verlag: Buchhandlung für Arbeiterliteratur,
Berlin O. 17, Warschauer Straße 49.

Achtung! An die Ortsgruppen und „KAZ."-Leser!

Vor Ostern erscheint nur noch die Nr. 26 und zwar am 31. März. Die Nummer ist auch für späteren Umsatz geeignet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 26 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Maske der Konterrevolution

Eine der gefährlichsten Waffen zur Irreführung des Proletariats ist die Vergeßlichkeit des Proletariats selbst. Der Golgathaweg der Arbeiterklasse bis zu seinem heutigen Ergebnis und seinen Erfahrungen wird von den Aposteln der Einheitsfront absichtlich als „graue Theorie" lächerlich gemacht, um die aus den Erfahrungen der Kämpfe geborenen Grundsätze leichter über Bord werfen zu können. Und doch ist die Geschichte die einzig zuverlässige Lehrmeisterin. Es ist schon so oft gesagt worden, daß die heroisch kämpfende Klasse in der Revolution von 1848, das Proletariat, der kleine Handwerkerstand war, und daß ihr heldenhafter Kampf zur Tragödie wurde, weil sie in spontanem Freiheitsdrange für das feige Bürgertum die Kastanien aus dem Feuer holte, indem sie es in seinem ersten Anlauf gegen den Feudalismus unterstützte, ihr Blut auf den Barrikaden opferte, um dann von demselben Bürgertum verraten und niederkartätscht zu werden. Das deutsche Bürgertum hatte seine „Revolution" 1848 auf halbem Wege liquidiert — das berühmte Wort vom „Männerstolz vor Königsthronen" Lügen strafend, machte dieses Bürgertum im Gegenteil Halt vor seinen 36 Thrönlein — die Revolution wurde erstickt im Sumpf der Nationalversammlung von Frankfurt a. Main und die revolutionären Bauern, Arbeiter und Handwerker im Reich wurden überall, in Sachsen, Baden, der Pfalz und am Rhein niedergeschlagen, und es war das preußische Militär, das überall der helfende Henkersknecht der Gegenrevolution in der berüchtigten Reichsverfassungskampagne wurde. Die kämpfenden Arbeiter und proletarischen Bauern waren als Klasse zu wenig bewußt und gefestigt, organisatorisch überhaupt kaum zusammengefaßt, als daß sie klar und energisch die Revolution als proletarische hätten durchführen können. In diesem Widerspruch zwischen ihrer subjektiven revolutionären Bereitschaft und objektiven Unreife, Unreife auch der ökonomisch-politischen Verhältnisse, ist die Tragik und das Heldentum der proletarischen Märzkämpfer von 1848 begründet.

Es erscheint kaum glaubhaft, trifft aber bei näherem Zusehen bis in kleine Einzelheiten aufs Haar zu, daß die deutsche Bourgeoisie 1918 und 1919, noch ebenso feige und hinterhältig wie 1848, das Proletariat für seine auch diesmal im Sinne der historischen Entwicklung nicht konsequent durchgeführte Revolution bluten läßt, um sie dann an die Konterrevolution, an das Blutregiment Noskes zu verraten, das die Sache der Konterrevolution durchführt. Was aber 1918 und 1919 noch verhängnisvoller ist: die Tatsache, daß nach 70 Jahren langen Klassenkämpfen die Arbeiter nicht gefestigt als Klasse einmütig gegen die Konterrevolution aufstehen, sondern, daß sich ihr größter Teil, alle kleinbürgerlichen Elemente, an ihrer Spitze Ebert, Scheidemann, Noske, dazu hergeben, die Revolution in unerhörten Metzeleien und blutigen Kampagnen zu ersticken, die an Grausamkeit die Vorstöße der Bourgeoisie von 1848 bei weitem übertreffen.

Volksversammlungen, Arbeitslose forderten 1848 vor den Toren Berlins Preß- und Versammlungsfreiheit und gleich ihren Pariser Brüdern das Recht auf Arbeit. Mit Waffengewalt wurden diese Volksversammlungen erstickt und die Arbeiter brutal niedergemetzelt. Die Zurückziehung des Militärs wurde nun die Forderung, um die unmittelbar der revolutionäre Kampf entbrannte, der am 18. März entschieden, für das Volk, d. h. für das Bürgertum entschieden wurde.

Denkwürdige Situation: Vor den Opfern dieser Kämpfe muß der König im Schloßhof von Berlin sein Haupt entblößen — „Souveränität des Volkes!" Aber nur für einen Augenblick, 1848 und 1918: Das gleiche Spiel, der gleiche Verrat. Nationalversammlung! In dem die Revolution des Proletariats langsam erdrosselt wird. Und gleichzeitig der weiße Schrecken hier wie dort: die Reichsverfassungskampagne von 1848 — oder richtiger gesagt, die blutige Niedermetzelung der Proletarier in Sachsen, Baden, in der Pfalz und Rheinpreußen durch die Truppen der preußischen Regierung.

Und so 1919: Auch jetzt aus Angst vor der proletarischen Revolution, deren blutige Unterdrückung, wo sie auch aufflammt: Schlächtereien in Berlin im Dezember 1918 schon beginnend, anhebend mit dem Blutbad in der Chausseestraße am 6. Dezember, dem Mord der 36 Matrosen am 24. Dezember am Marstall, dem Blutbad und dem Morden in den Januartagen an den „Vorwärts"-Parlamentären, an Liebknecht und Rosa Luxemburg. Im Februar die blutige Unterdrückung der kämpfenden Proletarier an der Ruhr und am Rhein. Am 19. Februar meldete die Presse: „30 00 Regierungstruppen ins Ruhrrevier", „Militärherrschaft in Baden". Am 25. Februar wird gemeldet: „Schwere Kämpfe in der Pfalz" . . . „Noskesieg im Ruhrgebiet", „Generalstreik in Düsseldorf", „Bauernrevolten in ganz Baden". Vom 27. Februar heißt es: „Das Henkerschwert über Halle und den Bergleuten des Ruhrgebiets", „Umwälzung — das heißt Entwaffnung der Revolutionäre in Düsseldorf", „Wilhelmshaven-Rüstringen von Regierungstruppen besetzt, die wie eine Räuberbande hausen".

Und in Weimar, vor der Nationalversammlung, darf Noske, der Arbeiterschlächter, es wagen, seine Schandtaten öffentlich zu rechtfertigen . . . ganz so wie die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 die Reichsverfassungskampagne, die Schandtaten der Preußen, des als Kartätschenprinzen berüchtigten preußischen Thronfolgers in Rastatt ruhig geschehen ließ . . . Dann im März 1919 die blutigen Tage von Berlin, wo nach dem falschen Gerücht des Lichtenberger Mordes (60 Kriminalbeamte erschossen, eine Tendenzlüge der bürgerlichen Presse, um eine neue Progromhetze gegen Spartakus zu entfalten) ein Blutbad unter den Berliner Arbeitern angerichtet wurde, dem unzählige Verhaftungen und weitere Morde — am 10. März der Mord an Leo Jogiches — folgten. Wie 1848, sollten auch 1919 die preußischen Noskegarden ins Reich marschieren, um überall die Revolution zu ersticken. Ende März folgen die Nachrichten: „Blutregiment in Hamburg" und zum Sturz der Räterepublik marschieren die Regierungstruppen nach Bayern, und wüten in Bamberg und Augsburg. „Ordnungsorgien in München, 5000 Verhaftungen, Meuchelmorde an revolutionären führenden Leuten, Egelhofer, Landauer ermordet, unzählige standrechtlich erschossen, dann Levine verhaftet usw.

Wie 1919 die revolutionäre Erhebung des Berg- und Industrieproletariats an der Ruhr und am Rhein, wie die Räterepublik in München, gegen die Noske seine Garden schickte, hatte auch 1848 die Reichsverfassungskampagne zur Tragödie werden müssen im Kampfe gegen die preußische Uebermacht. Engels schreibt darüber: „Auch die rheinische Insurektion hat tragisch enden müssen. Nachdem dreiviertel der Rheinprovinz in Belagerungszustand versetzt, nachdem Hunderte ins Gefängnis geworfen wurden, schließt sie mit der Erschießung der Prümer Zeughausstürmer am Vorabend des Geburtstages Friedrich Wilhelm IV. von Hohenzollern." Und Mehring sagt über den Badischen Aufstand (Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Band II): „Da kam aus dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen der Befehl, neue Kriegsgerichte einzusetzen, die denn auch wirklich die Zivilisation der preußischen Gegenrevolution wichtiger abzuschätzen wußten. Sie verurteilten 28 Revolutionäre zum Tode, Männer darunter, die wie Trützschler und der Schullehrer Höser, die sich gar nicht am Kampf beteiligt hatten. Alle Verurteilten starben wie Helden. 68 andere Freiheitskämpfer wanderten durch den Spruch des Schiedsgerichts auf 10 Jahre ins Zuchthaus. Der Dichter Gottfried Kinkel, der neben Moll als Gemeiner des Willeschen Freikorps in den Kämpfen verwundet und gefangen worden war, wurde vom König von Preußen zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt" . . ., ungezählt sind die Opfer, die heimlich in den Kasematten von Rastatt durch Hunger, Mißhandlungen und durch Typhus hingeschlachtet wurden. In der süddeutschen Bevölkerung ist immer der Name des Kartätschenprinzen lebendig . . In der Mitte des Jahres 1849 hatte die deutsche Revolution ihr Ende erreicht und der weiße Schrecken herrschte von Mannheim bis Memel."

Engels schreibt: „Die Reichsverfassungskampagne ging zu Ende an ihrer eigenen Halbheit und inneren Misere. Seit der Juniniederlage 1848 steht die Frage für den zivilisierten Teil des europäischen Kontinent so: Entweder Herrschaft des revolutionären Proletariats, oder Herrschaft der Klassen, die vor dem Februar herrschten. Ein Mittelding ist nicht mehr möglich in Deutschland."

Die bürgerliche und die proletarische Revolution sind in ihrem innersten Wesen zwei grundverschiedene Faktoren, wenn auch das Proletariat schon zu einem Zeitpunkt, wo infolge des Standes der kapitalistischen Entwicklung der Sieg der proletarischen Klasse noch möglich ist, trotzdem schon kämpfend seine Ansprüche anmeldet, kämpfend auf den Plan tritt, und die Bourgeoisie erschrecken läßt, und sich so die

(Fortsetzung 2. Seite)

Zum Kongreß des „Deutschen Industrie-Verbandes"

Der Ostern tagende Kongreß des DIV. steht vor klaren und unzweideutigen Entscheidungen. Es kommt ja garnicht darauf an, ob es einer geschickten Regie gelingen mag, eine ungeklärte Meinung der Mitglieder durch rein gefühlsmäßige Meinungsmache in dem gährenden Zustande zu stabilisieren oder nicht. Denn dieser Versuch wäre eben auch schon eine Entscheidung. Es wäre der Versuch, statt eine ideologische Fortentwicklung der Mitglieder des DIV. anzustreben, eben diese ideologische Klärung zu verhindern, um die ideologische Zersetzung vermittelst organisatorischer Maßnahmen anzustreben. Diese Gefahr liegt vor. Diese Gefahr liegt deswegen vor, weil sogenannte „leitende Persönlichkeiten" im DIV. alles aufbieten, um den Problemen des proletarischen Klassenkampfes aus dem Wege zu gehen, „um der Organisation willen". Geschieht dies, so wird der Fall eintreten, woran die Geschichte so reich an Beispielen ist: daß eine Organisation zur Fessel, zum Hemmschuh der revolutionären Fortentwicklung wird, und lediglich die Aufgabe hat, „ihren Mann zu ernähren". An Phrasen, die man den Mitgliedern in solchen Fällen vorwirft, fehlt es ja gewöhnlich nicht. Und wenn das Eisen erst kalt geworden, werden jene, denen an Klärung nichts, an Organisation alles liegt, leichtes Spiel haben. Die Mitglieder des DIV. werden daher gut tun, sich folgende Tatsachen vor Augen zu halten:

Es wäre trotz der politischen Versumpfung der KPD. gegenwärtig nicht zu ernsthaften Gegensätzen zwischen Weyer-Organisation und dem ZK. der KPD. gekommen, wenn aus den bekannten opportunistischen Gründen Moskau nicht aggressiv vorgegangen wäre. Die Hartnäckigkeit der Weyer und Schumacher, die Union der H. und K.-Arbeiter aufrechtzuerhalten, entsprang einem soziologisch erklärbaren Beharrungsvermögen, **nicht politischen Gegensätzen in der KPD.** Im Grunde genommen streben Weyer und Gen. nach der kapitalistischen Anerkennung als **tariffähige Gewerkschaft.** Dem steht vom Standpunkt des Kapitalismus nichts entgegen als eine etwaige verdächtige politische Einstellung des DIV. Das hat Weyer erkannt, nicht aber die Mitglieder, z. B. auch nicht der Leipziger Sekretär des DIV. Riehl. Daraus ergaben sich schon verschärfte Differenzen auf der Bez.-Konferenz des DIV. Sachsen. Weyer sprach z. B. von der „abgegriffenen" Parole „Diktatur des Proletariats", mit der man nicht mehr operieren dürfe. Weyer hetzt in Berlin gegen den Redakteur Muth des Mitteilungsblattes des DIV. wegen dessen schon zu prinzipiell revolutionärer Einstellung, z. B. in Sachen Fürstenenteignung. Weyer ist es auch, der trotz scheinbarer Zurückhaltung den größten Wert auf Zustandekommen eines sogenannten Kartells **unter Führung der USP.**, nicht einmal der abgespaltenen KPD. (Katz) zu legen scheint. Ja, darüber hinaus scheint Weyer bereits wieder mit Moskau zu verhandeln; jedenfalls wird seit kurzem im DIV. systematisch die Nachricht kolportiert, Tomski und Kosowski seien garnicht gegen die selbständigen Verbände, das seien nur Lügen der KPD.-Zentrale.

Daraus geht hervor, daß die Lage, zu der der Kongreß Stellung zu nehmen hat, durch die agressive Haltung Moskaus bedingt ist. Diese aggresive Haltung Moskaus und der KPD. ist nicht zu erklären aus der Niederträchtigkeit Moskaus und den Zentralkomitees der KPD., sondern wirft die Frage auf, welches sind die Ursachen einer solchen Schwenkung, die keine Verzögerung mehr zuläßt? Die Mitglieder des DIV. werden jeder rein gefühlsmäßigen Empörung über zugefügtes „Unrecht" entgegentreten müssen. Sie dürfen sich nicht damit begnügen, über die Auswirkungen einer Politik zu zetern, wo es gilt, **die Ursachen dieser Politik aufzudecken.** Die Aufdeckung der Ursachen der Politik Moskaus liefert sodann auch den Schlüssel zur Stellung des DIV. gegenüber Moskau und dessen Politik selbst. Hier muß Klarheit geschaffen und die Debatte aufgerollt werden, wenn man den anderen damit zusammenhängenden Fragen näher kommen will.

Einem großen Teil der Mitglieder der KPD. ist bereits bekannt oder es fängt an, ihnen zum Bewußtsein zu kommen, daß die Politik Rußlands den kapitalistischen Aufbaunotwendigkeiten Rußlands selbst entspringt. Der Kampf der russischen Revolution erforderte Organisationen des Klassenkampfes in allen Ländern. Die Liquidation der russischen Revolution erfordert die Liquidierung dieser Organisationen und erfordert Werkzeuge der kapitalistischen Diplomatie, Einschwenkung in die sozialdemokratische Einheitsfront, in die Gewerkschaften.